

# Die Baugewerkschaft

## Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.  
 Abonnementspreis pro Quartal 2,- Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.  
 Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.  
 Einzelnenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.  
 Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.  
 Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.  
 Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.  
 Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lütow, 2513.  
 (Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserate u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)  
 Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 19. Berlin, den 12. Mai 1912. 13. Jahrgang.

### Gewerkschaftliche Grundfragen.

IV.  
 Der Gegensatz zwischen (sozialdemokratischer) sozialistischer Ideologie und den strengen gewerkschaftlichen Tatsachen in ihrem Gesamtumfang sind also ein wenig der Boden, auf dem die meisten Konflikte im „freien“ Gewerkschaftslager erwachsen. Das ist ein sehr wichtiges Geständnis. Anstatt nun aber die Konsequenzen aus diesem Faktum zu ziehen und sich von jener gewerkschaftsschädlichen „politischen Ideologie“ freizumachen, will er nur das allzu menschliche Drängen nach dem (sozialdemokratischen) politischen Endziel dämpfen. Er will den Glauben an die plötzliche Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschafts- und Berufsordnung, die nur eine geistige sein kann, zerstören und an dessen Stelle einen anderen Glauben setzen: Ein organisches Gelingen in den sogenannten Zukunftsstaat, nach dem die Entwicklung ja doch mit tödlicher Sicherheit vorwärts drängt, der kommen muß und kommen wird. Da glaubt er den Boden für eine vernünftige Gewerkschaftspolitik gefunden zu haben. Wenn W. das nicht ist, er kein guter Musikant; eine 40-jährige Parteitradition schiebt man nicht in ihrem heiligsten Punkte so leicht beiseite; anders hieße die menschliche Psychologie schlecht beurteilen.  
 Die Sozialdemokratie ist nicht nur eine politische, sondern auch eine Weltanschauungspartei. Sie als stärkster Punkt in ihrem Programm, die Umänderung der jetzigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Ihre ganze Stoßkraft ist auf dieses gerichtet, ihre gesamte Agitation darauf zugewandt. Würde sie nur eine Schwächung in der Geltung dieses Hauptteils ihres Programms einlassen, müßte das ihre politische Stellung herabwürdigen, ihre Agitation vermindern. Die Politik verlangt aber auch nicht nur kühle Ueberlegung, sondern auch Begeisterung und Leidenschaft; und jede politische Partei kämpft tagtäglich mit Zähigkeit und Beharrlichkeit um das von ihr aufgestellte Programm, um die Verwirklichung sie nicht von einer organischen Entwicklung, sondern von ihrer Macht in direkter Tat zu erwarten. Ein Blick in unsere Parteidokumente bestätigt das Schritt für Schritt. Mit einem schönen Glauben an eine schöne Zukunft, die ganz von selbst kommen soll (man weiß nur nicht wann), kann man keine Begeisterung wecken, und auch die Anhänger nicht bei der Stange halten.  
 Die Sozialdemokratie ist auch Weltanschauungspartei: Sie vertritt den krassensten materialistischen Weltanschauung. Sie sucht auf dem rein humanitären Mensch zu Mensch. Höhere Gründe, wie die Lehren eines persönlichen Gottes, die Verantwortung der Menschen Gott gegenüber, die in der Religion niedergelegten sittlichen Forderungen, erkennt sie nicht an. Mit dem Abschluß des irdischen Lebens ist alles weitere auch für sie abgeschlossen, da sie an kein jenseitiges Weiterleben nach dem Tode nicht glaubt. In es psychologisch leicht verständlich, daß, wer auf diesem Boden steht, sein ganzes Denken und Handeln auf das diesseitige Leben richtet, um seine irdischen Neigungen bis auf die Höhe zu heben.  
 Dieser Klassenhaß muß ihn dann allerdings gegen die Arbeiter, die ihm nach seiner Meinung den vollen Lohn genügen vorenthalten. Die Sozialdemokratie hat ihren Botsprechungen ihre Anhänger in einen Irrweg getrieben, vor dem sie sich im Interesse ihres Bestandes hüten muß, ihn zu zerstören oder nur zu verwässern. Um so mehr noch, da ihre

Anhänger sich zu 95 Prozent aus Lohnarbeitern zusammensetzen, der Lohnarbeiter aber in politischen Fragen viel direkter denkt als die Angehörigen der mittleren und höheren Schichten. Der besser Situierte wird die Hinausschiebung eines politischen Zieles nicht in dem Maße empfinden, wie der sich gedrückt fühlende und schlecht situierte Lohnarbeiter.

Die Sozialdemokratie kann aus diesen Ursachen heraus nicht anders, als wie ihren entscheidenden Programmpunkt mit aller Schärfe in den Vordergrund rücken. Ihre gesamte Politik, ihre taktische Haltung dreht sich in den vierzig Jahren ihres Bestehens um dieses Endziel. Von diesem Gesichtspunkt aus untersucht sie alles, auch die Tätigkeit der Gewerkschaften, ob sie der Partei und ihrer Politik nützlich oder schädlich ist. Sie wird daher nicht nur einzelne Handlungen der Gewerkschaften bekämpfen, sobald sie darin einen Nachteil für die Partei zu erblicken glaubt, sondern auch den durch die Gewerkschaften erzeugten Geist. Daraus erklärt sich auch die Lage W.s über das Verjagen der sozialdemokratischen Parteipresse in grundsätzlichen gewerkschaftlichen Fragen. Dem ist so. Sie behandelt sie entweder gar nicht, weil das ihren politischen Interessen nicht dienlich erscheint oder ihnen gar direkt entgegensteht, oder sie behandelt sie in einem den Gewerkschaften schädlichen Sinne. Die „reellen Bedürfnisse“ der Gewerkschaften entsprechen eben nicht den „reellen Bedürfnissen“ der Partei. Die Bezeichnung „reelle Bedürfnisse“ scheint uns übrigens nicht richtig von W. gewählt. Die „freien“ Gewerkschaften geben doch vor, mit der politischen Sozialdemokratie gemeinsam nach dem gleichen Endziel zu streben. Da sie nun, der Not gehorchend, zeitweilig andere Interessen verfolgen müssen, müßte es statt „reell“, „momentan“ heißen. Von solchen momentanen Interessen, die wohl der Gewerkschaft nützlich, der Partei aber schädlich sein können, ja vielleicht in einem grundsätzlichen Gegensatz zu ihr stehen, kann sich eine Parteipresse jedoch nicht so weit drängen lassen, daß sie mit ihrer Gesamthaltung in Widerspruch gerät.

Uns will ja nun trotzdem scheinen, daß W. mit den „reellen Bedürfnissen“ der Gewerkschaft es ernst meint. Das, in Verbindung mit seinem gesamten Gedankengang, läuft darauf hinaus, daß sich die Partei den Gewerkschaften unterordnen soll. Umgekehrt wird das nämliche gefordert. Die „Leipziger Volkszeitung“ z. B. behauptet in ihrer Nummer 33 d. J. in einer Besprechung des englischen Bergarbeiterstreiks, „daß die politische bzw. parlamentarische Aktion unvergleichlich mehr Wert hat, als wie die wirtschaftliche bzw. gewerkschaftliche.“ Wer diese Meinung hat, wird natürlich die Unterordnung der Gewerkschaften fordern, und so redet das Leipziger Blatt in wegwerfender Art von gewerkschaftlichem „Höfendienst“. Da liegt also schon wieder der Konflikt, denn das „reelle Bedürfnis“ der Gewerkschaften lehnt sich gegen eine derartige Geringschätzung auf, weil das ihre agitatorische Zugkraft vermindert und den Respekt vor ihren Leistungen herabsetzt. Der geistige Umdenkungsprozess andererseits, (das „gedämpfte“ Verfahren, das zu größerem Ansehen zu kommen scheint), wie ihn W. fordert, und wie er ihn bei den Gewerkschaftsführern als bereits vorhanden annimmt, wozu wir im allgemeinen berechtigten Zweifel gegen, muß eine starke Zurückhaltung in die Stieghaftigkeit der sozialdemokratischen Ideologie und der sozialdemokratischen Macht hineinbringen. Wohin führt diese geistige Umdenkung? Sie führt geradezu in das Lager einer radikalen bürgerlichen Reformpartei. Sie räumt mit dem revolutionären Plan der politischen Sozialdemokratie, den diese zur Erreichung ihres Endziels entfesselt hat, gründlich auf. Natürlich liegt die „ge-

dämpfte“ Stimmung im Interesse der Gewerkschaften. Sie müssen Schritt für Schritt vorwärts gehen, müssen um kleine Erfolge schwere Kämpfe führen. Von einem Kompromiß schreiten sie zum anderen und heischen dafür um Verständnis bei der großen Masse ihrer Mitglieder. Alle überhöhten Erwartungen sind ihnen gefährlich, da sie innere Unzufriedenheit erzeugen, und die Organisation in die schwierigsten Konflikte hineinreiben können. Diese gleiche Masse aber, von der hier die weitgehendste Einsicht gefordert wird, wird auf politischem Gebiet geradezu aufgepeitscht und fanatisiert. Sie wird in die „Mies- oder Nichtspolitik“ gewaltsam hineingetrieben, die sagt, entweder erhalte ich alles, oder ich will gar nichts. Natürlich befriedigt das momentan eine aufgeregte Natur, für die Gewerkschaften ist es geradezu Sprengpulver. Dazu werden die gewerkschaftlichen Kompromisse immer mit den Vertretern der nämlichen Gesellschaftsklasse geführt, gegen die sich der politische Vernichtungskampf richtet. Die politische Presse aber hat ein Interesse, daß dieser Kampf latent bleibt, die Wunde darf nicht zubeilen. Das natürliche Friedensbedürfnis, das eine Gewerkschaft nach jedem Kampfe hat, ist ihr ungelogen. Ist nun gar das Resultat des Kampfes ein minimales, dann entstehen die verbitternden Konflikte, wie wir sie aus den Auseinandersetzungen zwischen der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse kennen. Es ist ja gewiß sehr angenehm, bei Kämpfen eine unterstützende Presse zu haben, aber diese muß nach Beendigung derselben auch den Frieden predigen können und dürfen. Das kann die sozialdemokratische Parteipresse nicht, da ihre politischen Ziele immer die gleichen bleiben. So türmt sich Konflikt um Konflikt auf, die sich mit Naturnotwendigkeit aus den widerstrebenden Interessen von Partei und Gewerkschaft ergeben.

### Die roten Kapitolswächter.

Es war schon immer so: Die am meisten Totgesagten lebten am längsten. Wieviel mal sind die christlichen Gewerkschaften schon totgesagt worden, wieviel mal lagen sie nicht schon im Sterben? Wer sich das Vergnügen machen wollte, die sozialdemokratischen Blätter daraufhin zu studieren, würde die merkwürdigsten Prophezeiungen finden. Derweil gedeihen die Totgesagten ganz gut, sind lebenslustig und entwickeln eine ganz herrliche Energie und eine frisch-fröhliche Tätigkeit. Sehr zum Leidwesen der roten Propheten.  
 Neuerdings rauscht's wieder lebhafter im roten Blätterwald. Und wieder kommen die düsteren Prophezeiungen, wieder wird das Ende der christlichen Gewerkschaften angekünndigt. Ihre Nahrung beziehen sie aus einer köstlichen Phantasie, die gern glaubt, was sie sich wünscht, und aus einer gewissen Presse, die von den Hintermännern von „Sich Berlin“ im weiteren Sinne bedient wird. Wir selbst brauchen auf den rot-sachabellertischen Drel nicht einzugehen, wir lassen das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften reden, das in seiner letzten Nummer unter der Stichmarke „Gedankenloser Staatsrat“ schreibt:  
 „Die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ veröffentlichte Mitte April unter der sensationellen Ueberschrift: „Eine Wendung im Gewerkschaftsstreit“ einen Artikel, wonach der Schreiber „aus allerbesten Quellen“ erfahren haben will, „daß gegenwärtig zwischen Hom, Drosslau und Gölz Verhandlungen in der Gewerkschaftsfrage schweben, um eine einigartige Regelung der Angelegenheiten herbeizuführen“. Den Kern des mit wichtiger Miene zusammengebräunten Nachrichten bilden folgende Thesen, die eine Konferenz der preussischen Bischöfe am 14. Dezember 1910 (also vor 1 1/2 Jahren) aufgestellt haben soll und die der Schreiber auf irgendeinem unsauberen Wege aufgetrieben hat. Die Thesen lauten:  
 „1. An gewerkschaftliche Organisationen, die für Katholiken sich eignen, sollen die Förderung zu

stellen, daß die katholischen Mitglieder in allen das religiöse und sittliche Gebiet berührenden Angelegenheiten des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens nicht zu einer Stellungnahme oder Handlungsweise veranlaßt werden, die mit den religiösen und sittlichen Pflichten des katholischen Christen nach dem Urworte des kirchlichen Hirtenamtes unvereinbar ist.

2. Es muß gefordert werden, daß die gewerkschaftlichen Organisationen ihre Tätigkeit auf die praktische Behandlung von Fragen gewerkschaftlichen Gebiets beschränken.

3. Es wird als notwendig erkannt, daß die katholischen Mitglieder solcher Gewerkschaften, die neben Arbeitervereinen bestehen, zugleich Mitglieder der kirchlich organisierten und geleiteten katholischen Arbeitervereine sind.

4. Von den katholischen Mitgliedern gewerkschaftlicher Organisationen wird erwartet, daß sie etwaigen Versuchen, den Einfluß der katholischen Kirche auf das gesamte religiös-sittliche Gebiet im Leben der Katholiken zu schwächen, mit ruhiger Entschiedenheit und offener Kundgebung kirchlich treuer Gesinnung entgegenzutreten.

5. Das Urteil darüber, ob Gestaltung oder Wirklichkeit einer gewerkschaftlichen Organisation den kirchlichen Grundsätzen entspricht, bleibt dem kirchlichen Hirtenamt überlassen. Daher haben die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) sowohl, wie die christlichen Gewerkschaften sich nicht gegenseitig zu verfeindern und in Kontroversfragen eine jede verletzende und verletzende Behandlung zu vermeiden.

Die „Schlesische Volkszeitung“ (Nr. 170) sagt zu dem Artikel der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ durchaus zutreffend:

Dieser Artikel ist eine etwas romanhafte Ausformulierung von Tatsachen, Vermutungen und zum Teil unüberprüfbar behaupteten Behauptungen; der Entwurf der Beschlüsse der Fuldaer Bischofskonferenz vom Dezember 1910 mag richtig sein. In allen sonstigen Einzelheiten die in dem Artikel enthaltenen Unrichtigkeiten zu widerlegen, lohnt sich nicht. Bezüglich der Hauptpunkte jedoch sind wir in der Lage, auf Grund von Erwägungen an maßgebender Stelle folgendes festzustellen. Söllig unwarhaft und aus der Luft gegriffen ist die Nachricht von „geheimen Auseinandersetzungen zwischen Köln und Breslau“. Desgleichen unwarhaft ist die Angabe, daß zwischen Rom, Köln und Breslau derartige Verhandlungen in der Gewerkschaftsfrage schweben, wie sie in dem Artikel der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ geschildert werden. Solikommen erfunden ist auch die Nachricht über ein geheimes päpstliches Schreiben, das „mit Verzicht auf die unabweisbare Weiterentwicklung der Gewerkschaften“ gebieterisch habe soll.

Unzutreffend bemerkt man zu diesem sensationell aufgearbeiteten Tatsachenmaterial lediglich dieses: Die in 1-4 ausgesprochenen Gedanken in den vorstehenden Thesen enthalten für die christlichen Gewerkschaften nichts neues. Bekannte Gedanken schon wohl von sämtlichen Agitatoren unserer Bewegung zur Begründung der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen. Das hätte es denn bei Ablehnung dieser Thesenpunkte für einen Sinn gehabt, besondere christliche Gewerkschaften zu bilden? Die These 5 richtet sich in der Sache lediglich an die Kreise der katholischen Fachabteilungen. Diese hatten die christlichen Gewerkschaften von 1902-1910 ausgesprochen, sie seien vom religiösen Standpunkt aus nicht einwandfrei. Den christlichen Gewerkschaften ist ungeteilt eine solche Verleumdung nie in den Sinn ge-

kommen; sie haben den katholischen Fachabteilungen lediglich stets vorgehalten, daß sie die Arbeiter in gewerkschaftlicher Hinsicht unzulänglich repräsentierten und ihnen keine wesentlichen Vorteile verschaffen könnten. Mit Verleumdung hat diese Bekämpfung nichts zu tun. Aus dem tatsächlichen Hintergrund betrachtet, lautet These 5: „Das Urteil darüber, ob Gestaltung oder Wirklichkeit einer gewerkschaftlichen Organisation den kirchlichen Grundsätzen entspricht, bleibt dem kirchlichen Hirtenamt überlassen“ — und nicht den unberufenen Kapitolwächtern von „Sitz Berlin“. Die Verleumdung der christlichen Gewerkschaften seitens der katholischen Fachabteilungen hat denn auch in Deutschland selbst seit Ende 1910 erheblich nachgelassen; dafür hat man allerdings vom Ausland her verstärkt Bombardements gegen die christlichen Gewerkschaften Deutschlands eröffnet.

Mit der Einengung der organisierten Selbständigkeit, die einige Gegner der christlichen Gewerkschaften für diese aus den Thesen herausgelesen haben wollen, ist es nichts. Welche Richtlinien kirchliche Autoritäten für die einzelnen Angehörigen ihrer Kirchengemeinschaft bei der Mitwirkung in wirtschaftlichen Organisationen aufstellen, ist eine Sache für sich. Die Differenzpunkte zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen liegen an anderer Stelle, und zwar in der Frage: ob auch die Entschleunigung und die Wirksamkeit von Organisationen, die sich aus Angehörigen beider Konfessionen zusammensetzen den kirchlichen Stellen einer Konfession ein bestimmender Einfluß einzuräumen sei. Ein solches Ansuchen ist, mit Ausnahme von unberufenen Vertretern der katholischen Fachabteilungen, noch von keiner autoritativen kirchlichen Stelle weder direkt, noch indirekt an die christlichen Gewerkschaften Deutschlands gestellt worden. Das ist der Kern der Sache. Wenn sich daher heute noch bürgerliche Zeitungen finden, die von den in den besprochenen Thesen aufgestellten Richtlinien einen „Verstoßpunkt im Gewerkschaftsrecht“ erwarten und dabei die tollsten Kombinationen zusammensetzen, so zeigt sich dabei wieder einmal die Tatsache, mit welcher Oberflächlichkeit vielfach Tagesjournalistik gemacht wird. Was die sozialdemokratische Tagespresse bei Gelegenheit der Veröffentlichung der Thesen aus ihren agitatorischen Interessen zusammenschreibt, lohnt sich nicht, auch nur mit einem Wort erwähnt zu werden.

Soweit das Zentralblatt. Wir nehmen natürlich nicht an, daß das die rote Presse beruhigen würde. Keineswegs, denn es paßt ihren Interessen nicht. Dabei hätte das rote Papier alle Veranlassung, vor der eigenen Tür zu kehren. Denn wie man „freien“ Verbänden, die nicht nach der roten Parteifarbe laugen, das „schmerzstillende Halsband“ umlegt, das zeigt der Kampf der Sozialdemokratie gegen den Solinger Industriearbeiterverband, dessen Mitglieder ebenfalls Sozialdemokraten sind, die sich aber der Parteifarbe nicht fügen wollen. Der Kampf wurde verlegt bis nach der Reichstagswahl, weil, so schreibt die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ (Nr. 98 vom 27. April) offenerherzig, die Reichstagswahlen vor der Tür standen, die die Einheit der Arbeiter erforderten, wenn der Kreis gut geholt werden sollte. Nun ist der Wahlkreis geholt, d. h. der Industriearbeiterverband hat gleich dem Rohren seine Schuldigkeit getan, jetzt geht es ihm an den Krügen; stehen muß er. Das veranlaßt den „Stahlwarenarbeiter“, das Organ des genannten Verbandes, zu folgendem „Epilog“ auf die Kaiserfeier:

„Am kommenden Mittwoch ist Kaiserfeier. Partei und Gewerkschaften demonstrieren dann für Arbeiterfrieden, Völkerverständnis, für Freiheit und Menschenrechte. Auch in Solingen, selbstverständlich! Freiheit, Gleich-

heit und Brüderlichkeit! So wird auch hier der Spruch des Tages lauten, das heißt bei den Teilen der Arbeitererschaft, von dem das Wort die Welt will betrogen sein. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unmöglich, so lange große Teile der Arbeiterdemagogen zuzubeln, Demagogen, denen die Interessen der Arbeitererschaft nur als Aushängeschild hinter dem sie ihre persönlichen Interessen verborgen, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Wie die Kaiserfeier paßt der Wahlspruch auf die Kaiserfeier Solingen.“

So das „Genossenblatt“, das samt seinen Anhängern von seinen Mitgenossen „brüderlich“ verpöchtelt werden soll. Es kann einem leid tun. Da sollte die rote Partei einhalten, hier könnte sie von „Vormundschaft“ (wie immer an den Buchdruckerkonflikten) im wahren Sinne des Wortes reden. Die christlichen Gewerkschaften sind und bleiben, was sie waren, selbst wenn die „famem“ Sozialdemokraten gelb und blaß vor Wut werden.

### Allgemeines.

Die religiöse Neutralität der „freien“ Gewerkschaften ist von derselben Qualität wie diejenige der kirchlichen Sozialdemokratie. Das sozialdemokratische „Bürger Echo“ vom 12. April 1912 berichtet aus der Mitgliederversammlung des „freien“ Holzarbeiterverbandes im Hamburger Gewerkschaftshaus vom 4. April, das Mitglied Kramer „unter allgemeiner Heiligkeit die Unsitte der Konfirmationszeremonie ironisierte; ein würdiger Gegenpart hierzu sind Veranstaltungen der Freidenker, die größeres Interesse der Arbeiterschaft verdienen.“ Also Hohn für eine religiöse Gottesdienstleistung, Anerkennung für die freidenkerische Gottesleugnung. Hier ist nicht mehr Religion Bräutigam, sondern Religionshaj Gewerkschaftslache.

Der sozialdemokratische Führer Demtröder erklärte in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Wien i. B. unter stürmischer Zustimmung seiner Mitgenossen, daß es für die Arbeiterschaft besten sei, der heutigen kapitalistischen Kirche den Rücken zu kehren. Daraus wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher die Versammlung die Anhänger der freien Gewerkschaftsbewegung auffordert, die heutige kapitalistische Kirche Paleten und den Kirchenaustritt zu erklären. Nach dem Bericht der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ (Nr. 87, 1912) sollen am Schluß der Versammlung etwa 50 Personen ihren Austritt aus der Bundeskirche erklärt haben.

In der Bekämpfung der Religion wollen die „freien“ Gewerkschaften nicht hinter ihrem Auftraggeber, der sozialdemokratischen Partei, zurückstehen. Ihr Kampf richtet sich sowohl gegen die evangelische, wie gegen die katholische Kirche in gleichem Maße. Es muß deshalb auch christlichen Arbeitern immer mehr zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie es nicht mit ihrem Gewissen einbären können, einer „freien“ Gewerkschaft anzugehören, sondern daß ihr Platz nur in den christlichen Gewerkschaften sein kann.

Verlegenheitsfragen. Durch die sozialdemokratische Presse (darunter auch der „Grundstein“) läuft ein

## Der 100. Geburtstag

### Alfred Krupps.

Der Friede der Arbeit soll das Gemeinwohl sein, Denn bringt Arbeit Segen, dann ist Arbeit Gebet.

In diesen bedeutsamen Worten liegt das Lebensprogramm eines der genialsten Männer des verflochtenen Jahrhunderts, — wir meinen Alfred Krupp. Am 26. April waren es 100 Jahre, seitdem dieser eigenartige Mann das Licht der Welt erblickte, und eine kurze Würdigung seines Lebensweges läßt seine geniale Größe nur noch gewaltiger erscheinen. Dort, wo sich die Grenzen zwischen Stoff und Idealismus scheiden, in jener Götterwelt, die gebildet wird von Geist und Natur, war es, wo seine Seele lebte und wo er den Grund legte zu jenem Reichthum, das heute Berlin genießt. Hier war es, wo er mit anderen Reden der Arbeit, des Handel, des Gewerks, des Bau, des Jagd, des Handel und noch manchen anderen, deren langweilige Namen in der Geschichte der menschlichen Zivilisation nicht vorkommen werden, das große Reichthum des Dampfes und des Eisens aufbaute. Er war es, der den Grund legte zu der Reichthum, die Deutschland als Industrieland heute einnimmt. Der Reichthum, der heute über uns liegt Alfred Krupp.

Von dem, wie an der Siegel Alfred Krupps stehen, sieht man sehr deutlich hervorgeht, daß er an seinem Lebensende mehr als 2000 Arbeiter beschäftigte, daß sein Reichthum für die ganze Welt sei und Kaiser und Könige Reichthum begehren werden würden. Der Vater Alfred, Friedrich Krupp, stand in Diensten der Gutehoffnungshütte, wohl einem der ältesten Hüttenwerke Deutschlands. Demals war die Herstellung des Stahls in Deutschland ein noch ungelöstes Räthsel. Man konnte nur das langweilige Erz aus dem Bergwerk holen und schmiedete daraus Eisen. Das Eisen wurde dann in die Gießerei gebracht, um daraus Eisen zu gießen. Das Eisen wurde dann in die Gießerei gebracht, um daraus Eisen zu gießen. Das Eisen wurde dann in die Gießerei gebracht, um daraus Eisen zu gießen.

und verlassen, gebrochen an Leib und Seele starb er 1826. Aus der Gutehoffnungshütte war er längst ausgeschieden, und bis zu seinem Tode hat er wieder das mütterliche Haus in Essen bezogen, wo er auch eine kleine Fabrik betrieb. In dieser Fabrik wurden — zwei Arbeiter beschäftigt. Unter diesen trostlosen Verhältnissen übernahm der älteste Sohn die „Fabrik“, ein bläuer und schwächling angelegener Junge von 14 Jahren, Alfred Krupp.

Nun begannen für Alfred Krupp Jahre harter Arbeit und banger Sorge. Ruhe doch auf ihm die Last des Ernährens seiner Mutter und drei kleinerer Geschwister. Von morgens bis abends stand er im schwümmigen Arbeitsfeld neben seinen zwei Arbeitern, um in hartem Schaffen den Lohn für diese und den Lebensunterhalt für die Angehörigen zu erwerben. Nach der Arbeit in der Fabrik wurde die kaufmännische Arbeit erkobigt. Man muß sich wundern, daß der schwache Jüngling, fast noch ein Knabe, unter der schweren Last nicht zusammenbrach. Was ihn aufrecht erhielt, war neben seinem eisernen Willen und seiner Energie, die treue Liebe und Fürsorge seiner tapferen Mutter. Sie war es, die ihn in den Zeiten, in denen sich Erfolge und Misserfolge in beständigem Wechsel abspielten, treu zur Seite stand, wie sie auch an dem endlichen Erfolge ihres Sohnes, Alfreds Vater, nicht zweifelte hatte, bis ihn der Tod hinwegraffte. Und wenn Alfred Krupp nach fast 25 Jahren als Sieger über alles Mißgeschick, über Hindernisse und Fehlschläge, da stand, so verdankt er dieses nicht zuletzt der tatkräftigen Unterstützung seiner Mutter.

Das Alfred Krupp seinen weiteren Aufstieg so rasch und glänzend gestalten ließ, war sein Bestreben, immer neue Verbesserungsmöglichkeiten für seinen Gußstahl, der durch seine Qualität ein fast konkurrenzloses Produkt in der Welt geworden war, zu finden. Daneben war er fortwährend bestrebt, durch Verbesserungen die Qualität seiner Produkte zu steigern. Auf mehreren Ausstellungen erregte er durch seine ausgeheilten Erfindungen gewaltigen Erfolg, und es dauerte nicht lang, bis er die eigentliche Aufmerksamkeit seines Unternehmens von dieser Zeit an zu verdienen aus den zwei Arbeitern im Jahre 1826 nach einer Gewerkschaft im Jahre 1844 120. Eine große Fabrik wurde im Jahre 1851, und der er ein Schwefelbergwerk aus Gußstahl und einem Kapitalist von 500 Tausend stellte, daß er das Staunen aller

Fachkreise hervorrief. Bald beschäftigte er 200 Arbeiter. Nach der Pariser Weltausstellung im Jahre 1855, wo seine Fabrikate neuen Ruhm erwarben, stieg die Zahl der Arbeiter auf 860; ein Jahr später wurde das 1000 überschritten. Von da ab nahm die Fabrikate von Kriegsmaterial den ersten Platz unter Krupps Fabrikaten ein, und es beginnt der bekannte Siegeszug Kruppscher Kanonen.

Man hat Alfred Krupp den Begründer unseres eisernen Zeitalters genannt. Es ist sein unbestrittenes Verdienst, die Bedeutung des Stahls für die Zukunft früh erkannt zu haben; er war es auch, der der Stahlverwendung neue große Wege gezeigt hat. Darin ist er seiner Zeit weit vorausgeleitet. Die Verdienste, die sich Alfred Krupp auf dem Gebiete der Stahlerzeugung und Stahlverwendung erworben hat, lassen sich erst richtig bewerten, wenn man bedenkt, daß die Stahlerzeugung bis in die sechziger Jahre hinein ein in die siebziger Jahre auf dem primitiven Wege des Schweiß- und Puddelverfahrens sich ging. Erst als Mitte der sechziger Jahre das Bessmer-Verfahren und in den siebziger Jahren das Siemens-Martin-Verfahren Eingang fand, erst von da kam die Stahlherstellung in Deutschland in allgemeinen Aufnahme. Die damaligen Eisenhütten beschäftigten in der Hauptsache mit der Herstellung und dem Ausmaß von Puddel- und Schweißstahl, die Weiterverarbeitung Stahl stellte noch in den allerersten Anfängen. Aber schon bereits Mitte der sechziger Jahre 62 500 Kilogramm seines Tiegelstahls in fertigen (weiterverarbeiteten) Erzeugnissen ab. Man muß sich das gegenwärtigen und man wird verstehen, daß Krupp vor einem halben Jahrhundert eine beherrschende Stellung nicht nur auf den deutschen, sondern auch auf internationalen Eisenmärkten einnahm.

Die eigentliche Bedeutung von Krupps Lebenswerk liegt aber auf nationalwirtschaftlichem Gebiet. Er hat Bahnbrecher unseres Eisenhüttenwesens gewirkt, und verdankt die deutsche Eisenindustrie, daß sie die viel größere Eisen- und Stahlindustrie nicht nur einführte, sondern weit überflügelte. Krupp ist es auch zu danken, daß die deutschen Fabrikate in der Welt zu sehen gelangten, denn oberster Grundlag blieb ihm die Qualität seiner Erzeugnisse. Groß sind auch seine Verdienste auf dem Gebiete des Eisenbahn- und Schiffwesens, auf deren spätere glänzende Entwicklung er

# Wirtschaftliche Bewegung.

**Gesperrt sind:** **Essen** (Fliesenleger) **Sperre** über die Essener Baumaterialien-Vertriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiten des Zwischenmeisters Geiser, **Edin** für Plattenleger die Zwischenmeister Geschen, **Lüdinghausen** (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), **Hollantsch** (Sperre über Pawlisch) wegen Maßregelung, **Herne i. Westf.** (Gesperrt für Zimmerer ist die Firma Senger), **Edin a. Rh.** (Sperre über die Betonfirmen Hüser & Comp. und Gebrüder Caspary), **Geseke** (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), **Rehta** (Streik der Zimmerer, Ausberrung der Maurer und Bauarbeiter), **Stah** (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). **Zuzug** ist fernzuhalten.

## Bezirk Paderborn.

**Geseke.** Am 23. April haben die Kollegen die Arbeit eingestellt, nachdem seitens der Unternehmer auch nicht der geringste Versuch gemacht wurde zu einer Verständigung. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, die Streikenden zur Arbeit zu bewegen, desgleichen versuchen sie überall, die Kollegen aus der Arbeit zu bringen, wenn sie anderweitig untergebracht waren. Aber alle diese Maßnahmen werden uns nicht abschrecken, den Kampf ums Recht mit aller Energie weiterzuführen. Auch versuchen die Unternehmer, von auswärts Leute heranzuholen. Bedauerlich ist, daß 30 junge Leute vom Deutschen Bauarbeiterverband sich nach Geseke locken ließen; diese waren nur zur Abreise zu bewegen, indem ihnen das Reisegeld gegeben wurde.

Am 2. Mai fand eine öffentliche Bürger- und Arbeiterversammlung statt. In derselben wurden vom Bezirksleiter, Kollegen Werner, die Ursachen und Gründe der Lohnbewegung angegeben. Nach einer lebhaften Diskussion gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die am 2. Mai im Lokale des Herrn F. Werth tagende öffentliche Bürger- und Arbeiterversammlung nimmt Kenntnis von den gepflogenen Verhandlungen mit den Unternehmern in Geseke. Nach den Ausführungen des Referenten und nach Bekanntgabe des vorausgegangenen Schriftwechsels besteht kein Zweifel an der berechtigten Forderung der Maurer und Bauhilfsarbeiter. Die Versammlung beurteilt den Standpunkt der Unternehmer, welche nicht einmal eine Aussprache zwecks Einigung haben stattfinden lassen, obwohl die Arbeiter erklärt haben, daß sie jederzeit zu Verhandlungen bereit sind. Die Versammlung verpflichtet sich, mit allem Nachdruck den Bauarbeitern in diesem gerechten Kampfe treu zur Seite zu stehen. Weiter verpflichtet sich die Versammlung, unablässig für die Ausbreitung der christlichen Arbeiterbewegung Sorge zu tragen.“

## Bezirk Posen.

Die kleine Lohnaufbesserung von 2 Pf., welche laut Vertrag ab 1. April d. J. zu zahlen ist, scheint einer Anzahl Arbeitgeber recht viel Schmerzen zu verursachen, deshalb unterlassen sie es einfach, das zu tun, wozu sie moralisch verpflichtet sind. Nach bisherigen Meldungen liegen nachstehende Fälle vor, wo vorgegangen werden mußte.

In **Wreschen** genügte ein Schreiben, um die Arbeitgeber zu erinnern, daß ein abgeschlossener Vertrag auch eingehalten werden muß.

In **Schönlauke** bereiten uns die Arbeitgeber auch in diesem Jahre Schwierigkeiten, indem sie vom 1. April ab die zwei Pfennige Zulage verweigern. Durch schriftliche Aufforderung haben die Herren Krumich, Behule und Komakowski etwas verspätet den vorgezeichneten Lohn gezahlt, die übrigen weigern sich auch heute noch. Die Schlichtungskommission, welche am 23. April zur Regelung dieser Differenz angerufen wurde, ist von den Arbeitgebervorsitzenden noch nicht eingeladen worden. Es fragt sich, ob es sich mit solchen Arbeitgebern überhaupt noch lohnt, Tarife abzuschließen, wenn diese nicht so viel moralisches Pflichtgefühl besitzen, die Verträge auch einzuhalten.

In **Stralkowo**, wo die Arbeitgeber nicht dem Bunde angehören, genügte ein halber Tag Streik, um dieselben zu zwingen, den tariflichen Lohn zu zahlen.

Als Schmerzenskind ist **Argenau** noch verblieben, wo die Arbeitgeber den im Jahre 1910 gefällten Schiedsspruch noch nicht anerkannt haben. Unsere Organisation hat sich noch mehr gestärkt, so daß wir, wenn alles scheitert, durch einen Kampf uns unser Recht erzwingen werden. Arbeit ist in diesem Jahre vorhanden, so daß wir auch dort endlich das Verfallene nachholen können.

In **Tüß** haben wir ebenfalls den Arbeitgebern Forderungen unterbreitet, der Lohn schwankt dort bei einer eifständigen Arbeitszeit noch zwischen 3-3,50 M pro Tag. Diese unwürdigen Zustände werden aber nur dann beseitigt werden können, wenn alle Kollegen der Organisation beitreten. Der gute Wille scheint vorhanden zu sein, da eine Anzahl in der letzten Versammlung betrat, hoffentlich folgen auch die übrigen dem guten Beispiel. Im eigenen Interesse erjuchen wir die Kollegen, fest und treu zur Organisation zu halten und alle Differenzen in Bezug auf Lohnzahlung sofort zu melden.

## Jahresberichte der Bezirke.

**Karlruhe.** Die Bautätigkeit des Jahres 1911 war im allgemeinen eine erheblich bessere als im Jahre 1910. Trotzdem sind die an das Jahr 1911 geknüpften Erwartungen nicht erfüllt worden.

In **Württemberg** konnte wohl durchgehend von einer guten Bautätigkeit gesprochen werden, und es hatte Stutt-

gart nicht nur die beste Baubaustruktur in Württemberg, sondern wohl im ganzen Bezirk zu verzeichnen. In den mittleren Städten Württembergs, wo die Bautätigkeit im Jahre 1910 schon nicht mehr schlecht zu nennen war, hatte dieselbe auch im letzten Jahre noch eine Steigerung erfahren. So wurden in Göppingen im Jahre 1911 253 Neubauten und bauliche Veränderungen ausgeführt, gegen 227 im Vorjahre. Ähnlich dürfte das Verhältnis in den übrigen mittleren und den Landstädten Württembergs liegen.

In **Baden** blieb die Bautätigkeit erheblich hinter Württemberg zurück. Die größte Stadt Badens, Mannheim, führte in den ersten 10 Monaten des Jahres 1911 700 Neubauten und bauliche Veränderungen aus, gegen 850 des Jahres 1910. Jedoch herrschte der Bau von Wohnhäusern im Jahre 1911 gegen 1910 vor. Die 850 Neubauten des ganzen Jahres brachten nur 1663 neue Wohnungen, wogegen die 700 Neubauten in den ersten 10 Monaten 1911 deren 1713 brachten. Im Heilbringer Baugewerbe hielt die 1910 begonnene bessere Bautätigkeit auch 1911 an und dürfte sich dieselbe im Jahre 1912 dort noch weiter steigern, wozu der in Angriff genommene neue Bahnhofsbau Veranlassung geben wird. Auch in Karlsruhe wurden 166 Neubauten im Jahre 1911 gegenüber 116 im Jahre 1910 errichtet. Dazu kommen noch 75 Umbauten gegen 38 im Vorjahre. Es hat also auch hier die Besserung der Bautätigkeit kräftig eingesetzt, welche auch für die nächsten Jahre anhalten wird. Denn der neue Karlsruher Bahnhof geht jetzt immer mehr seiner Fertigstellung entgegen, und in dem Gelände des alten Bahnhofs sollen größere Kommunal- und Staatsbauten ausgeführt werden, die möglichst im Jahre 1915 fertig sein sollen. Auch steht eine gute Privatbautätigkeit in Aussicht. Dagegen hatte Offenburg im Berichtsjahre nur eine schleppende Bautätigkeit zu verzeichnen, und für das folgende Jahr sind die Bauaussichten auch noch keine besseren. Doch hatte Konstanz eine gute Bautätigkeit aufzuweisen. Neben vielen baulichen Veränderungen wurden hier 40 Neubauten errichtet. In Freiburg i. Br. hatte die Bautätigkeit auch etwas angezogen, jedoch ließ sie hier noch vieles zu wünschen übrig. Es wurden zwar im Jahre 1911 86 gegen 46 Neubauten im Vorjahre fertiggestellt, wodurch 312 neue Wohnungen gegen 160 im Vorjahre geschaffen wurden. Die hier leerstehenden Wohnungen betragen am Schlusse des Berichtsjahres nicht einmal 1 Prozent. Auch stehen den 312 neugeschaffenen Wohnungen in Freiburg 599 Eheschließungen gegenüber. So blieb die Zahl der neugeschaffenen Wohnungen im letzten Jahre um 237 hinter der Zahl der Eheschließungen zurück. Lange kann ein solches Mißverhältnis nicht dauern. Hoffen wir, daß die Bautätigkeit auch in Freiburg andauernd eine bessere wird, welches sowohl den dortigen Kollegen als auch der Organisation zum Vorteile gereichen würde. In Straßburg wurden 1911 neben 100 Hausabdrücken 379 Neubauten sowie 39 Um- und Erweiterungsbauten in Angriff genommen. Dieses läßt auch in Straßburg nur auf eine mittlere Bautätigkeit schließen.

Die Agitation ist auch im vergangenen Jahre im allgemeinen gut betrieben worden, das beweisen ja die 1300 Aufnahmen, die gemacht wurden. Doch muß in Zukunft die Hausagitation noch systematischer betrieben werden. Dort, wo die Hausagitation durchgeführt und regelmäßig betrieben wird, finden wir auch ein viel regeres Gewerkschaftsleben. Die Versammlungen, Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen werden regelmäßiger abgehalten und sind viel besser besucht als in den übrigen Bezirken und Verwaltungsjahren. Neugegründet wurden die Verwaltungsjahren: Bühl, Deggingen, Gossbach, Kirchau, Müdau, Ravensburg und Rottweil. Davon ist die letztere wieder eingegangen. Die Fluktuation war auch im Bezirk eine große. Von 1300 Neuaufnahmen sind nur 400 Mitglieder dem Bunde erhalten geblieben. Der Bezirk zählt jetzt 1805 Mitglieder. Hossentlich erweist sich unser neues Statut auch als ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Fluktuation im Bunde. Dazu ist aber notwendig, daß durch Besprechung des Statuts in den Mitgliederversammlungen dafür gesorgt wird, daß auch jedes Mitglied mit dessen wichtigsten Bestimmungen vertraut ist und seine Arbeitskollegen hierüber unterrichtet kann.

**Lohnbewegungen** wurden im vergangenen Jahre sechs geführt. Die hierdurch erreichten Lohnverbesserungen gehen aus folgender Tabelle hervor:

Ort	vor der Bewegung		Stundenlohn nach d. Beweg.		Führte die Beweg. zum Streik?	Für welche Zwecke?
	1911 bis 1912	1912 bis 1913	1911 bis 1912	1912 bis 1913		
1. Esser	50 Pf.	58 Pf.	56 Pf.	—	nein	ja
2. Würtgen	45 - 45	47	49	51 Pf.	nein	ja
3. Langhang	55	60	62	—	ja	ja
4. Gochsheim	50	50	—	—	ja	nein
5. Geislingen	45-47	50	55 Pf.	58 Pf.	ja	ja
6. Ravensburg	42	43	45	—	nein	ja

In **Speyer**, **Konstanz** und **Hochheim** wurden die Lohnbewegungen mit den Organisationen der Genossen gemeinsam geführt. Die Lohnbewegungen in **Willingen**, **Geislingen** und **Ravensburg** dagegen wurden von unseren Verbänden allein geführt. In **Willingen** und **Geislingen** hatten die Genossen auch keine Ortsgruppen, in **Ravensburg** aber besteht eine Verwaltungsstelle des Deutschen Zimmererverbandes. Zum Schaden der Ravensburger Kollegen waren diese sogenannten deutschen Zimmerer unter keinen Umständen zu bewegen, bei der Lohnbewegung mit uns zusammenzugehen. Auch soll der Vorsitzende der „deutschen Zimmerer“, welcher Poster bei dem Vorsitzenden der Zimmermeister ist, mit letzterem sich schon lange vor der Lohnbewegung über die zubewilligenden Abnahme verständigt haben. Bei der Lohnbewegung selbst aber suchten diese „patentierten Arbeitervertreter“ durch Verleumdungen die Arbeitgeber vor einem Verhandeln mit unserer Organisation grüßlich zu machen. So behaupteten diese Herren, sie könnten nicht mit uns zusammengehen, da wir höhere Forderungen stellen wollten, als sie den Arbeitgebern unterbreitet hätten. Ein solches Verhalten richtet sich von selbst. Aber wie würde wohl der sozialdemokratische Mitarbeiter vom Bezirk über-

gebiet fertigerer Beschäftigter mit der Oberschicht: christliche Gewerkschaftsvereinigungen gegen die des Gewerkschafts der Bergarbeiter. Schon darin eine Unwahrheit. Ebenso unwahr und verdrückt der Inhalt der Notiz, die es so darzustellen sucht, ob christliche Arbeiter und Bürger in einer Versammlung in Bergshofen (bei Dortmund) eine Resolution an den Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter angenommen hätten. Der Vorgang war folgender: Zu einer den christlichen Gewerkschaften einberufenen Versammlung hatten die Sozialdemokraten ihre Massen zumingetrommelt und sich so die überwiegende Majorität geschafft. Von den Sozialdemokraten wurden die prominenten Redner ausgespart, die christlichen aber schließlich niedergebüllt, so daß die Versammlung geschlossen werden mußte. Als die Anhänger christlichen Gewerkschaften dann den Saal verließen, hielten die „Genossen“ noch unter sich beisammen und hielten die erwähnte Resolution gegen christlichen Gewerkschaften an. Wehnlich es in einer anderen Versammlung in Sprockhövel, von die sozialdemokratische Presse über eine angebliche „Macht der christlichen Referenten“ zu berichten wußte. Letztere ist direkt unwahr. Die verbreiteten Lärmen sind nur Verlegenheitslügen, weil es im sozialdemokratischen Lager an stichhaltigen Gründen zur Dämpfung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter

**Die Berichterstattung über sozialdemokratische Gewerkschaftstagen** wird nach dem Beschluß einer Sitzung der „freien“ Verbandsvorstände in Zukunft populisiert, nämlich eine in sozialdemokratischen Presseblättern übertragen. Berichterstatter bürgerlicher Art sollen nicht mehr zugelassen werden. Es ist vor der Öffentlichkeit, schrieb im vor. Jahre die gesamte sozialdemokratische Presse, als Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter auf seiner Generalversammlung in Köln die sozialdemokratische Presse von den Verhandlungen ausschloß, während die bürgerliche Presse aller Schattierungen ungehindert zuzulassen war. Daß sich jetzt die sozialdemokratischen Gewerkschaften lustig gegen außen abschließen, findet die sozialdemokratische Presse durchaus angebracht. Sie mißt Maß mit zweierlei Maß.

**Bettere Austritte aus „Sich Berlin“.** Das preussische Volksblatt meldet: In der außerordentlichen Versammlung des katholischen Arbeitervereins Bischofs (mit 300 Mitgliedern d. R.) am Sonntag, 28. April, wurde einstimmig der Austritt aus dem Verbande „Sich Berlin“ ausgetreten und sämtliche Beziehungen zu demselben abgebrochen. In Heilsberg ist der Verein der katholischen erwerbstätigen Frauen und Mädchen aus dem Verbande „Sich Berlin“ ausgetreten. In der Verein erwerbstätiger Frauen und Mädchen in Allenstein soll seinen Austritt erklärt haben.

ungfache Erfindungen und Verbesserungen einen heranzugenden Einfluß ausgeübt hat.

Vor allem aber dürfen die Verdienste, die sich Alfred Krupp um die Schaffung der deutschen Reichseinheit erworben hat, nicht vergessen werden. Sind's doch seine Taten gewesen, die die siegreichen Schlachten des deutsch-französischen Krieges und schlagen halfen. Schon früh hat Krupp sich mit der Waffenfabrikation beschäftigt. Bereits 1847 stellte er sein erstes Kanonenrohr aus Gußstahl her, ein dreifüßiges Vorderladerrohr. Ein der Partier Weltausstellung 1855 vorgeführtes sechsfüßiges Rohr war schon massiv aus einem einzigen Gußstück geschmiedet. Dann ging Krupp zum Hinterlader über, das eine größere Schußweite und Treffgenauigkeit ermöglicht. Obwohl mit seinen Gußstahlrohren günstigsten Ergebnisse erzielt wurden, hat ihm doch eigene Vaterland die Anerkennung länger verweigert als Ausland. Erst Anfang der sechziger Jahre wurde Krupp seitens der preussischen Heeresverwaltung ein Auftrags von 300 Geschützrohren erteilt. Dann aber hat das Krupp'sche Geschütz schnell die Welt erobert. Durch währende Verbesserungen schlug er bald alle anderen an. So errang 1868 seine 24-Zentimeter-Gußstahlkanone den überlegenen Sieg über die englische Armstrongkanone. Von da ab hielt das Krupp'sche Geschütz den Einzug in die deutsche Artillerie. Sämtliche Entwürfe unserer schweren Schiffs-, Küsten- und Belagerungsgeschütze waren selbständige Konstruktionen Krupp's. Bei der Vöbe Alfred Krupp's im Jahre 1887 hatte die Fabrik 24500 Geschütze geliefert.

geht nicht an, an dieser Stelle eine Würdigung des Lebenswerkes Alfred Krupp's zu geben. Sein Wirken bahnbrechend geworden für die deutsche Industrie, heute diese achtunggebietende Stellung auf dem Weltmarkt einnimmt. Und wenn einst die Geschichte der deutschen Industrie geschrieben wird, dann wird der Name Alfred Krupp auf einem besonderen Ruhmesblatt verzeichnet sein. Sein Werk aber besteht weiter. Gigantisch sind die Schöte und Eisen qualmend himmelan, und die Nacht dröhnt das Gimmern und Laufen der Maschinen, und wir fühlen die Weltgröße jenes Mannes, dieses Meilenweck aus den wichtigsten Anfängen der deutschen und deutschen Unternehmungsgeistes sagt sein

Christlichen Arbeiterverband wünschen, wenn wir und solche erlauben würden. In Hohenheim ging die Wohnbewegung verloren, da gleich nach Beginn des Streiks ein Teil der Kollegen, die den Streit mitbeschlossen hatten, abtrünnig wurde. Auch gelang es den Arbeitgebern, noch eine Anzahl Arbeitswillige aus der Bruchfaler Gegend heranzuführen. Jedoch waren die Arbeitswilligen in ihrer Mehrzahl minderwertige Arbeiter, und so dürften die Arbeitgeber mit ihrem Starrsinn sich mehr geschädigt als genützt haben.

Die Tarifverträge wurden von den Arbeitgebern so ziemlich eingehalten. Nur in Offenburg mußte das Schiedsgericht angerufen werden, um bei einem Arbeitgeber den tariflich festgelegten Minimallohn zur Anerkennung zu bringen.

Der Terrorismus wird in Baden von den „Genossen“ nur noch in verdeckter Form ausgeübt. Sobald die „Genossen“ merken, daß der zum Terrorisieren ins Auge gefasste Kollege sich um die Justizlenkung wendet, oder sonst die Gefahr des öffentlichen Bekanntwerdens der Terrorisierungsfälle vorliegt, ziehen sie zurück, und es herrscht dann Ruhe und Ordnung auf der Baustelle. Anders liegt es in Württemberg, und besonders in Stuttgart glauben die „Genossen“ in dieser Beziehung nach Verlassen der Tariffrage über zu dürfen. Wir hatten da auch im vergangenen Jahre wieder eine ganze Anzahl von Terrorisierungsfällen, sowohl bei den Maurern und Zimmerleuten, als wie auch bei den Gipsern zu verzeichnen. Letztere zeigten sich als die radikalsten und suchten nach ihren finsternen Terrorisierungs durch Bögen und Verleumdungen zu bedecken. Dabei bekundete der Stuttgarter Lokalbeamte „Genosse“ Kleiner ein besonderes Genie. In Zukunft werden wir diesen Herren ihre Terrorisierungs- und Tarifbruchtendenzen mehr als bisher durch die zuständigen Tarifinstanzen beschleunigen lassen müssen. Vielleicht wird dies die Terrorisierungsfrage in etwas zügeln.

Die Geschäftsabwicklung hat sich auch in diesem Jahre verbessert. Doch fehlt es noch einigen Kassierern an der notwendigen Pünktlichkeit. Auch wird hier und da noch ein zu häufiger Wechsel beim Kassierposten vorgenommen. Hierin muß in den kommenden Jahren noch Besserung eintreten.

Auf die Anlegung einer guten Bibliothek wird leider noch in diesen Verwaltungsjahren zu wenig Gewicht gelegt. Trotzdem eine solche durch den Gesamtverbandsvertrag unter den günstigsten Bedingungen zu beziehen ist. Dieser Spruch gilt heute mehr denn je. Eine jede Verwaltungsstelle muß sich unbedingt die Aufgabe stellen, das Wissen ihrer Mitglieder, außer durch Fortbildung durch die Besuche in den Versammlungen, auch durch Anschaffung einer guten Bibliothek zu fördern. Es erhöht dies auch die Agitationsfähigkeit der Mitglieder ungemein.

Die Tätigkeit des Bezirksleiters geht aus folgendem hervor:

Der Bezirksleiter besaß 193 Versammlungen, 69 Fortbildungs- und Vertrauensmännerversammlungen, 11 Kartellversammlungen, nahm teil an 13 Bundesversammlungen, beteiligte sich an 18 Besprechungen mit anderen Verbänden, nahm 23 Besprechungen vor, unterzeichnete in 18 Fällen Bescheidungen in der Schlichtung, hatte 18 Sitzungen mit den Arbeitgebern, besichtigte sich an 21 Lokalkomiteesitzungen und an 6 Sitzungen der örtlichen und Landeschiedsgerichte. Es wurden 5 Verwaltungsjahren und 7 Jahrestellen neu gegründet.

Der schriftliche Verkehr gestaltete sich folgendermaßen: Es gingen aus 67 Telegramme, 64 Telefongespräche nach außen, 69 Postanweisungen, 43 Briefe, 463 Postkarten, 476 Zuschriften und 27 Pakete.

Im Schlußjahr habe ich noch allen Kollegen, die auch im vergangenen Jahre kräftig mitarbeiteten und keine persönlichen Dyer um die Ausbreitung und Festigung unserer Organisation scheuten, meinen herzlichsten Dank zu sagen. Ich bitte die Kollegen, auch im kommenden Jahre nicht in der Mitarbeit zu erlahmen. Möchten sich doch immer mehr Mitarbeiter freudig zur Verfügung stellen. Denn das Agitationsfeld ist groß, und es sind im Streit noch Tausende von Kollegen zu gewinnen.

**Im Kampf zum Handeln  
Nichts dir gewiß nicht fehlen  
Denn nur der Mut zur frischen Tat  
Ist voller Seele dich befeuert.**

**Friedrich Rott,  
Ludwigs- (Kob.), Georg-Schubert-Straße 11.**

**Verbandsnachrichten.**

Die meisten der Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 12. Mai, der erste Wochenbeitrag fällig ist.

Delegiertenkonferenz des christlichen Bauarbeiterverbandes für das Elß und Oberbaden. Am Sonntag, den 21. April, nachmittags, wurde die Konferenz in Mühlhausen im Lokal Target abgehalten. Neben mir saßen von allen Bau- und Verwaltungsjahren Lehmann. Nur die Justizliche Frau I. E. und Hagen (Baden) hatten keine Delegierten entsandt. Vom Zentralverband war der zweite Zentralvorsitzende Klaus Schaub ebenfalls anwesend.

Die Konferenz eröffnete die Konferenz mit dem Vortrag des Vorsitzenden über den Stand des Verbandes im Elß und Oberbaden in den letzten unterstellten Jahren. Der Vortrag wurde von allen Teilnehmern mit großer Aufmerksamkeit angehört, und es wurde über die verschiedenen Punkte des Vortrages eingehend diskutiert. Die Konferenz beschloß, die Mitglieder des Verbandes zu bitten, die Beiträge pünktlich zu zahlen, und die Agitationsarbeit zu fördern.

den im Verbandsvorstand erschienenen Berichten deutlich hervorgeht. War vielfach seien die Schwierigkeiten besonders im Elß, um die christliche Arbeiterbewegung voranzubringen; durch die vorhandenen Schwierigkeiten habe sich die Agitation vermindert, daß unser Verband in genannter Gegend keine Entwicklungsmöglichkeit mehr habe. Diese Annahme sei vollständig falsch. Allerdings würde die Agitation von den verschiedensten Plätzen aus sehr ungünstig beeinflusst. Die Städte Straßburg, Freiburg und auch zum Teil Mühlhausen weisen noch einen großen Teil Bauarbeiter auf, die Zwangsmitglieder der roten Verbände seien. Diese für den christlichen Verband zu gewinnen, müßte die nächste Aufgabe sein. Auch wählten die Bauarbeiter die Erfolge der Organisation, die sie hier, besonders in Mühlhausen, im Verhältnis zu anderen Gegenden Deutschlands in sehr kurzer Zeit durch enge Zusammenarbeit des christlichen Bauarbeiterverbandes errungen haben, nicht in genügender Weise zu schätzen. Zu dieser mangelnden Einsicht trete noch eine sehr flauere Bautätigkeit in einzelnen Städten hervor, wodurch die wenig vorhandenen brauchbaren Arbeitskräfte für die Verbandstätigkeit von hier fort nach lohnenderer Arbeit drängen. Aber trotzdem müsse es möglich sein, in Zukunft bei einer besseren Arbeitsteilung noch Gumbete von Mitgliedern zu gewinnen. Teilweise habe wieder eine günstigere Entwicklung auch schon eingeleitet, so z. B. in Straßburg und besonders in Freiburg. Anderswo würden ganz dieselben Erfolge zu erzielen sein, wenn von Seiten der Mitglieder mehr gearbeitet würde. Das Hauptaugenmerk müsse auf ein gutes Vertrauensmännersystem gelenkt werden. Auch lasse der schriftliche Verkehr mit dem Sekretariat noch an manchen Stellen zu wünschen übrig. Besonders groß und ein Krebsübel in der gesamten Fortentwicklung des Verbandes sei besonders die Fluktuation der Mitglieder. Es seien 1911 463 Mitglieder aufgenommen worden und nur 151 konnten dem Verband erhalten bleiben. In der Verwaltungsstelle Mühlhausen sei die Fluktuation besonders scharf in die Erscheinung getreten. Auch müssen die Verwaltungsstellen-Vorsitzenden mehr Gewicht auf die Verteilung der Mitgliedschaften nach dem Lebensalter legen, auch hier, bei ungleichmäßiger Verteilung, läge eine Gefahr für den Verband und für die einzelnen Zahl- und Verwaltungsstellen. Die Gesamtmaßnahmen im Agitationsbezirk beliefen sich im Jahre 1911 auf 16 500 M. Zum Schluß gab der Redner noch einen Ueberblick über die sozialdemokratischen Bauarbeiterorganisationen in demselben Gebiet und verurteilte scharf die Agitationsmoral, die die Führer dieser Verbände ihren Mitgliedern zur Bekämpfung der christlichen Organisation empfahlen.

Die Diskussion über diesen Bericht wurde bis nach dem Referat des Zentralvorstandesmitglieds Schmidt-Berlin verschoben. Dieser gab zunächst einen allgemeinen von großer Sachkenntnis zeugenden Ueberblick über das Wirtschaftsleben Deutschlands, das sich immer mehr und mehr erhole. Die Bautätigkeit sei im allgemeinen eine gute. Da nun das Berufsleben im engsten Zusammenhang steht mit dem Wirtschaftsleben, bedingt ein Aufblühen des letzteren auch ein Aufblühen des Verbandes. Auch die politische Situation sei für die christlichen Gewerkschaften mit Ausnahme des Elßes nicht ungünstig. Das Emporkommen der Sozialdemokratie habe manche Kreise bewegt, uns gegenüber eine etwas freundlichere Stellung einzunehmen. Leider sei aber Interesslosigkeit und Menschenjucht im Lager der christlichen Bauarbeiter. Das zeige sich am besten in dem schlechtesten Versammlungserfolg. Dies müsse in der Zukunft anders werden, um unseren Gegnern von links und rechts gewachsen zu sein. Wir haben gegen zwei Fronten zu kämpfen, rücksichtslose Arbeitgeber und sozialdemokratische Gewerkschaften. Diesen beiden Gegnern gegenüber gilt es, seinen Mann zu stellen.

Zum Schluß ging der Redner kurz auf die Strömungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben sich auch bei den letzten Reichs- und Landtagswahlen im Sinne der Sozialdemokratie betätigt. 100 000 M. Gewerkschaftsgelder seien für die politische Partei hergegeben worden. In den Gewerkschaftsorganen wurde frei und offen für die Partei und ihre Kandidaten Propaganda gemacht. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung erblickt in der Gewerkschaftsarbeit nicht ihren Hauptzweck, sondern sie erblickt darin nur ein Mittel zur Verwirklichung der sozialdemokratischen Endziele, wozu kein Duzend Führer in der Partei selbst nicht mehr glaube. Es habe eine Zeit gegeben, wo man sich jeweils Auffassung der im Entschlossenen begründeten christlichen Gewerkschaften ein neutralen Mantel umhängen wollte. Aber als dieses Ziel nicht erreicht werden konnte, ließ man diesen Schein größtenteils fallen und bekannte sich offen zur Sozialdemokratie. Was allen diesen Gründen sei es doch selbstverständlich, wenn die christlich und vernünftig denkende Arbeiterwelt solche Berechnungen zu unterstützen ablehne.

Will eine Organisation Anspruch darauf machen, allen unabhängig zu sein für alle Arbeiter, so muß dieselbe vor allem in religiöser und auch in politischer Beziehung völlig neutral sein. Da die sozialdemokratischen Gewerkschaften das nie gewesen sind, so haben sie den Auftrag zur Gründung der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegeben und die Zerschmetterung der Arbeiterbewegung gewissermaßen herbeigeführt. Redner spricht sich in sehr scharfen Worten gegen die Berührungsbereitschaft der sozialdemokratischen Agitatoren aus und ersucht die Delegierten, mit aller Kraft dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter auch im Elß und Oberbaden eine ordnungsgiebende Stellung zu verschaffen. Schärfer Befehl spenden die Mitglieder des Verbandes und deren mit Überzeugung unterstützten Vorstände. In der darauffolgenden Diskussion, die nicht ohne einen kleinen Zwischenfall verlief, wurde über den Antrag des Vorsitzenden, die Mitglieder des Verbandes zu bitten, die Beiträge pünktlich zu zahlen, und die Agitationsarbeit zu fördern, eingehend diskutiert. Die Konferenz beschloß, die Mitglieder des Verbandes zu bitten, die Beiträge pünktlich zu zahlen, und die Agitationsarbeit zu fördern.

christlich organisierter Bauarbeiter hätten sich wieder den letzten Tagen in Straßburg und Freiburg abgehalten. Auch traten einige Delegierte nachdrücklich für die Anlegung eines weiteren Beamtens ein. Nach einem würdevollen Schlußwort des Vorsitzenden, Kollegen Geurich, wurde die anregende Konferenz um 7 1/2 Uhr ihr Ende. Hoffentlich tun jetzt alle Teilnehmer ihre volle Pflicht und Sorgfalt und begeistern die Mitglieder zur Mitarbeit, der Erfolg ist sicher.

Hafpe. Am 13. April tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Auf der Tagesordnung standen: Vorstandswahl, 2. Berichtes. Es wurde Kollege Heinrich Riech als Vorsitzender und Kollege Eugen Wiegand als Kassierer wiedergewählt. Als Schriftführer wurde Stephan Jabobi gewählt. Ferner wurden als Kassierer Fritz Hildebrand und Ferdinand Hartung gewählt. Als Delegierte zur Verwaltungsstelle wurden gewählt Ferdinand Hartung, Stephan Jabobi, zum Kartell Hagen Johannes Reichwein und Stephan Jabobi. Unter Vorsitzes wurde beschloß, die Versammlungen alle vierzehn Tage, Sonnabends, bisher, weiter abzuhalten. Zum Schluß wurde die Vorsitzende die Kollegen, besser wie bisher in die Agitation einzutreten.

Honnef. Nachdem vor 14 Tagen sich hier wieder eine Ortsgruppe des Zentralverbandes christl. Bauarbeiter gebildet hat, fand heute eine zweite Versammlung statt. Dieselbe war ziemlich gut besucht. Bezirksleiter Langlegte in ausführlicher Weise Notwendigkeit, Wesen und Ziele des Verbandes klar. Zu der Versammlung waren auch mehrere Genossen aus Bonn erschienen, die glaubten, in Honnef Ompfengang treiben zu können. Für den sozialdemokratischen Verband ist jedoch in Honnef kein Boden. Die Honnefer wissen wohl zu gut, als sie bei dem Kampf 1905 einer ganzen Welt von Gegnern gegenüberstehen zu lassen, daß „freie“, das heißt sozialdemokratisch organisierte Arbeiter aus Köln ihnen als Streikbrecher an der Nordsee Kirche in den Rücken fielen. Unter Vorpiegelung gewerkschaftlicher Neutralität haben sie zwar einige Erfolge in Honnef gewonnen, doch werden diese den sozialdemokratischen Charakter des „freien“ Bauarbeiterverbandes recht bald erkannt haben. Dann aber werden sie auch darüber klar werden, daß es ein Verbrechen an der religiösen Ueberzeugung ist, Mitglied einer sozialdemokratischen Gewerkschaft zu sein. Die Reihen der Gegner des Christentums durch Mitgliedschaft und Zahlen der Mitglieder zu unterstützen, das wäre für die Honnefer Bauarbeiter das Dummste, was sie machen könnten. Wir haben keine Lust, mit sozialdemokratischen Ideen und wirtschaftlichen Aufwärtsbestrebungen zu belasten. Wir wissen Arbeitgeber würden das gewiß gerne sehen, da dann sofort die öffentliche Meinung gegen die Arbeiter aufbehen könnten. Der „Genosse“ Gopp aus Bonn, der in der Diskussion sprach und sich dabei bemühte, harmlos zu erscheinen, aber doch den sozialdemokratischen Vorwurf hervorbrachte, konnte darum auf die Honnefer Bauarbeiter keinen Eindruck machen. Kollege Lange willigte keine Phrasen gränblich. Neun Ausnahmen wurden in der Versammlung gemacht. Die Ortsgruppe zählt nunmehr wieder über 30 Mitglieder. Täglich treten Kollegen bei. Jeder muß nun auf seine Kollegen einwirken, damit der vollständige Zusammenschluß so rasch als möglich sich vollzieht. Daß die Organisation für alle Bauarbeiter in Honnef und Königswinter extra notwendig ist, geht daraus hervor, daß der Lohn, seit Eingehen des Verbandes im Jahre 1905, trotz aller Teuerung nicht erhöht worden ist. Vorwärts muß die Parole für sich lauten.

Jungstadt i. S. Bei Erbauung der VII. Bauwerkstätte in Jungstadt leisteten sich die roten Freiheitskämpfer wieder ein Stückchen, das hier festgenagelt werden verdient. Bei der Bauarbeiten ausführenden Firma Moll (eine auswärtige Firma) bestanden längere Zeit einige tarifliche Differenzen. Diese Differenzen wurden durch das Nachgeben der Firma am 18. März beigelegt. Am 21. März legten die „Genossen“ die Arbeit nieder, angeblich, weil der Tarif nicht gehalten würde. Doch davon kann gar keine Rede sein, denn die Firma hatte ja alle Forderungen drei Tage vorher anerkannt. Die Arbeit wurde also eingestellt, die Zugänge zur Arbeit streng bewacht; drei Stellenreiter umkreisten das Schlachtfeld. Von dem herbeigeschickten Streik war weder der Gau, noch der Zentralverband, noch viel weniger natürlich unser Verband in Kenntnis gesetzt worden. Am Abend fand eine ca. 50 Arbeitern besuchte Versammlung statt, von der der größte Teil mit der Sozialdemokratie nichts gemein haben wollte. Nur durch den angewandten Druck wurde sie gewonnen und nur durch diesen ließen sie sich in den roten Verband aufnehmen. Um sie gefügiger zu machen, versprach man ihnen 2 M. Streikunterstützung pro Tag. Das Geld wurde vom Wirt gepumpt. Auch unsere Mitglieder suchte man durch alle möglichen Mächten in die Organisation absprengend zu machen; allerdings mit keinem Erfolg. Doch bald sollte die Freude der roten Strategen über die erzwungene Arbeitsniederlegung verbittert werden. Im Verlauf des zweiten Nachmittags nämlich der Bauleiter Mäkelmann aus Mühlhausen auf dem Schauplatz an und brach kurzerhand den Streik ab. Das konnten die Gewerkschaften, die Teil in recht hierföhriger Stimmung gekommen waren, nicht fassen; sie speierten vor Erstaunen über diese Wendung Mund und Nase auf. Wie man uns mitteilt, soll der Leiter fast Prügel bekommen haben. Auch den Reuigen nommenen waren über Nacht die Augen aufgefunden, brachte ihnen nämlich, sage und schreibe, 50 Pf. Streikunterstützung in die Hand. Der Arrangeur des Gaus ist ein wieser Kriegsgeld. Den Mann sollte man sozialdemokratischen Parteisekretär machen; dort muß auf eine Tölpel mehr oder weniger nicht ankommen. Aber auf gewerkschaftlichem Gebiete protestieren wir entschieden gegen solche sinnlosen Puffsche, die dem Leben der gewerkschaftlichen Organisation wie auch Tariffrage überhaupt nur Schaden stützen. Wir werden

nach unsere Mitglieder zu schützen wissen gegen den brutalen Zwang, mit dem man sie zur Wiederlegung der Arbeit zwang. Mit Gewalt hielt man unsere Kollegen von der Arbeit fern, sogar mit Rot sind sie beworfen worden. Einer unserer Kollegen, der Donnerstag früh 5 Uhr zur Arbeit gehen wollte, wurde festgehalten und konnte derselbe erst nach der vormittägigen Frühstückspause zu arbeiten anfangen. Daß das Ganze eine Mißgeburt war, geht schon daraus hervor, daß der Gauleiter der „Freien“ den Streik sofort abbrach. Zu bedauern ist nur, daß unsere Mitglieder dem Gewaltakt dieser Herren nicht entgegen sind. Daß das Vertrauen in die Gewerkschaften und ihre Führer in der Öffentlichkeit durch solche Streiche nur an Ansehen verlieren muß, liegt auf der Hand. Mögen aber auch die Unorganisierten sich auf ihre Pflicht besinnen. Es geht nicht an, daß ein Teil der Bauarbeiter die Opfer trägt, andere aber die Erfolge einheimen. Sie dürfen sich aber auch keiner Organisation anschließen, wo man mit den Arbeiterinteressen so leichtfertig umgeht, wie man es in diesem Fall getan hat. Welche Organisation da nur für sie in Betracht kommen kann, dürfte nach den Erfahrungen, die sie machen mußten, nicht mehr schwer zu entscheiden sein. Die Antwort kann nur sein: Ich muß Mitglied des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter werden.

**Mokrolona (Bez. Kattowitz).** Schon seit langer Zeit war man bemüht, in unserem Ort eine Zählstelle zu gründen. Nun sind wir so weit gekommen, daß wir am 17. März eine Versammlung abhalten konnten. Doch wäre dieselbe beinahe gescheitert, da uns zu derselben die polizeiliche Erlaubnis verweigert wurde. Erst nach langem Besinnen seitens der Polizei wurde uns soviel erlaubt, daß wir uns ungestört in einem Nebenzimmer besprechen durften. Da sich vorherhand nichts Besseres durchführen ließ, so waren wir alle damit einverstanden. Kollege Golla aus Kattowitz hielt einen Vortrag über die Gründung der Zählstelle. Danach fand eine kurze Diskussion statt, im Verlaufe derer die Gründung der Zählstelle beschlossen wurde. In den Vorstand wurden gewählt: Thomas Gruschka als Vorsitzender, Vincent Kullik als Kassierer, Peter Wokat und Stephan Donnother als Hauskassierer; Wokel als solcher für Mokrolona, Donnother für Sucholona und Adamowiz, Franz Schyblo als solcher für auswärtig. Josef Binnel und Johann Saffonschl wurden als Kassensrevisoren gewählt. Gleich am demselben Tage schlossen sich viele Kollegen der Organisation an. Nach einem brausenden Hoch auf den Verband christlicher Bauarbeiter verabschiedeten wir uns. Wünschenswert wäre es für uns, daß uns alle noch fernstehenden Kollegen auch die Hand reichen und nicht eher ruhen, bis unser letzter Kollege sich in unseren Reihen befindet. (Anmerkung der Redaktion: Die dortige Polizei hat nach den klaren Bestimmungen des Reichs-Bereins- und Versammlungsgesetzes kein Recht, die Erlaubnis zu Gewerkschaftsversammlungen zu verweigern. Gewerkschaftsversammlungen brauchen nicht angemeldet zu werden. Eine Beschwerde an den Landrat dürfte wohl geeignet sein, bei untergeordneten Polizeiorganen eine Handhabung des Gesetzes zu bewirken, die auch dem Sinn und klaren Wortlaut des Gesetzes entspricht.)

**Nürnberg.** Einen guten Besuch konnte der Vorabend, Kollege Sommer, in unserer Verwaltungsjahres-Generalversammlung, welche am 27. März tagte, konstatieren. Der Besuch seitens unserer Nürnberger Kollegen hätte allerdings ein bedeutend besserer sein müssen. Den Jahres- und Kassensbericht erstattete Kollege Lang. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Als erster Vorsitzender Franz Sommer, als zweiter Heinrich Lang, als erster Schriftführer Joh. Gurdan, als zweiter Sebastian Reitmeyer, als Revisoren Jakob Schlichhorn, Joh. Wenterle und Joh. Bolland. Die Besetzung der Schlichtungs-Kommission und des Schiedsgerichtes blieb wie bisher. Nachdem referierte Kollege Weiglein, Sekretär des Metallarbeiterverbandes, über: „Erste Erscheinungen in der deutschen Arbeiterbewegung“. An Hand vieler Materialien, besonders aus der jüngsten Bergarbeiterbewegung, zeigte er, daß die mächtige Sozialdemokratie, die sich Arbeiterpartei schimpft, eher alles andere macht, als Arbeiterinteressen vertreten. Auch durch ihr jüngstes Wachstum seien die Interessen der deutschen Arbeiter noch mehr gefährdet als vormals. Die Stärkung unserer Bewegung sei daher heute notwendiger als je. Anträge waren keine gestellt. Im „Geschäftlichen“ wurde das neue Verwaltungsjahresprotokoll einstimmig angenommen. Desgleichen auch unsere Versammlungen auf jeden ersten Mittwoch im Monat in der „Bäderherberge“ festgelegt. Nachdem noch einige Kollegen in warmen Worten Propaganda für eifrige Agitation machten, damit unsere Mitgliederzahl bald wieder auf 300 stehe, erfolgte Schluß um 10 1/2 Uhr.

**Nimber.** Am Ostermontag hielt unsere Zählstelle eine außerordentliche Versammlung zwecks Gewinnung neuer Mitglieder ab. Es waren aus diesem Grunde circa 20 Mann des freien Verbandes, die ihrer Gesinnung nach uns gehörten, eingeladen. (Unorganisierte gibt es hier nicht mehr, und mit der Agitation wurde unser Streik nicht zu spät eingeleitet.) In dieser Versammlung war der Kollege Behringer aus Würzburg erschienen und mit uns, aber auch begeisterten Worten ermunerte er in seinem Thema: „Kann ein Christ Sozialdemokrat sein?“ die Führer an ihre Pflicht. Er betonte, daß es nicht möglich sei, die Sozialdemokratie durch Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften zu unterstützen und so deren Bestrebungen zu fördern, wenn man auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehe. Dann auf die aktuelle Lage des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet übergehend, erklärte er scharf das Vorgehen der Sozialdemokratie überall dem christlichen Gewerkschaften Streikbruch, die in Wirklichkeit aber hätten die roten Führer ihrem Machtwort und in ihrem Haß gegen die christlichen Gewerkschaften jede gewerkschaftliche Taktik und Arbeit außer acht gelassen und ihre Anhänger in einen

von vornherein verlorenen Streit gesetzt. Zum Schluß forderte Kollege Behringer die Eingeladenen auf, der Organisation beizutreten, die ihre ganze Kraft für die Arbeiterinteressen einsetzt, die ihre Zeit nicht mit parteipolitischen Agitation vergeudet, und das sei die christliche Bauarbeiterorganisation. Der Vortrag des Referenten wurde allgemein mit Beifall aufgenommen und mancher erklärte sich bereit, zu uns überzutreten, sobald ihnen Gelegenheit geboten ist, in der Heimat mehr mit unseren Kollegen zusammenarbeiten zu können, da sie im Kreis ihrer Genossen es ja fast nicht wagen dürften, ihrer Sympathie für die christlichen Gewerkschaften Ausdruck zu geben, ohne dem heftigen Terrorismus ausgesetzt zu werden. An uns soll es nun liegen, diese Kollegen immer und immer wieder zu bearbeiten, um die Fesseln, in die sie die Sozialdemokratie geschlagen, zu sprengen, damit diese Kollegen den Mut finden, unserer Organisation, die mit den Grundfragen ihrer Weltanschauung übereinstimmt, beizutreten. Unsere Mitglieder sind begeistert und mit dem frohen Bewußtsein, für eine gute Sache zu kämpfen, von dieser schönen Versammlung nach Hause gegangen und werden die großen Hindernisse, die ihnen von fanatischen Sozialisten in den Weg gelegt werden, zu überwinden wissen. Doch die christliche Gewerkschaftsbewegung!

**Troisdorf.** Am 3. März hielten wir hier die erste öffentliche Bauarbeiterversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Vortrag des Kollegen Hillebrand aus Siegen. Dieser verstand es, in einstündigem Vortrag, den Zweck und die Notwendigkeit der Organisation gerade hier in Troisdorf, Friedrich-Wilhelms-Hütte und Umgebung, den Kollegen vor Augen zu führen. Nach der Diskussion schritten wir zur Vorstandswahl. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Kollege Georg Wagner, 2. Vorsitzender Anton Mahr, 1. Kassierer Joseph Dommermuth, 1. Schriftführer Joseph Simon. Auch wurden mehrere Kollegen als Hauskassierer gewählt. Alle Kollegen nahmen die Wahl an. Wir danken allen Kollegen, die sich so eifrig an der Agitation beteiligten. Wenn jeder nach Kräften seine Pflicht tut, dann wird auch unsere neugegründete Zählstelle blühen und gedeihen.

**Wetter a. d. Ruhr.** Am Sonntag, den 14. April, hielt die Zählstelle Wetter a. d. Ruhr, im Bezirk Hagen, die diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen: 1. Vortrag des Kollegen Schmalstieg, Hagen, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Zum 1. Vorsitzenden Kollege Wilhelm Erb (wiedergewählt), erster Kassierer Kollege Paul Pannoch, und als Hauskassierer ist Kollege Wilhelm Schmied gewählt worden. Schriftführer wurde beschlossen, daß der Wochenbeitrag 75 Pf. beträgt. Zum Kartellbelegierten wurde Kollege Franz Philippsohl gewählt. Nach lebhafter Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

**Zellin (Bezirk Kattowitz).** Am Ostermontag fand eine Mitgliederversammlung statt. Um 4 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kollege Jorek, die Versammlung und erteilte dem Kollegen Erhardt das Wort. In etwa zweistündiger Rede vorbereitete sich Kollege Erhardt über die aus der Reichstagswahl sich für uns ergebenden Lehren. Er beleuchtete den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet sowie in Oberschlesien. Ferner berichtete er über die Errungenschaften der Organisation im Kreise Neustadt selbst, sowie im Industriegebiet Oberschlesien. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Kollegen aus Simsdorf und Neudorf, welche weit entlegen wohnen, alle zur Versammlung erschienen waren, und auch einige Kollegen von der Zählstelle Pola-Rasselsdorf, welche letztere eine Zählstelle für sich gegründet haben. Dadurch war unsere Versammlung sehr zahlreich besucht. Mit einem begeisterten Hoch auf die christlichen Gewerkschaften wurde die Versammlung durch Kollegen Jorek geschlossen.

**Betonarbeiter.**

**Stk.** Einen prinzipiellen, hartnäckigen Kampf haben wir hier augenblicklich durchzuführen. Es betrifft die Erklämpfung des Tariflohnes an den Eisenbahn-Liefer- bzw. -Unterführungen. Decartige Bauwerke werden hier zurzeit in großer Zahl und gewaltigen Dimensionen ausgeführt. Einzelne Firmen zahlten stets an diesen Arbeitern den Tariflohn, andere wieder nicht. Die Schlichtungskommission und zuletzt das Einigungsamt beschäftigten sich mit dieser Angelegenheit. In der Sitzung des Einigungsamtes einigte man sich dahin, nachdem die Arbeitgeber darauf bestanden, daß diese Arbeiter als Tiefbauern zu bezeichnen seien, einen besonderen Tarif für diese und andere Tiefbauarbeiter zu tätigen. Die Tiefbauunternehmer sträubten sich aber, einen Vertrag zu schließen, im Bewußtsein, stets billige und in der Mehrzahl unorganisierte Arbeiter bekommen zu können. Jedoch auch diese Herren werden ihren Standpunkt baldigst modifizieren müssen, das wird die nächste Zukunft vielleicht schon lehren. In der fraglichen Verhandlungssitzung, die von Herrn Thiemann, dem Vorsitzenden des hiesigen Arbeitgeberverbandes, geleitet wurde, sollte demgemäß nach der Ansicht der Arbeitgeber nur eine Vereinbarung über die Arbeiten der Betonbauwerke (Eisenbahn-Liefer- bzw. -Unterführungen) getroffen werden. Eine Einigung erfolgte aber auch hier nicht, weil die Arbeitgeber darauf bestanden, daß zu weiterer Lei Löhne für Eisenarbeiter festgelegt werden sollten. Diejenigen Hilfsarbeiter, die wie die Arbeitgeber sagten, zum Seligen oder zur Güte des Betons beitragen, sollen den Tariflohn erhalten. Das ist die reine Minderheit, dagegen das Gros, d. h. diejenigen, die am Materialtransport, Erbauungen usw. beschäftigt werden, sollten nach Ansicht der Arbeitgeber 50 Pf., das sind 6 Pf. unter Tarif, die Stunde erhalten. Da eine friedliche Verständigung ausgeschlossen war, erfolgte am 30. März bei den Firmen Hüser u. Püllgram, G. Stöder, Hüser u. Co. und Gebr. Schömer die Arbeitseinstellung. Nach einigen Tagen sperrte die Firma Rath u. Gotti, die den Tariflohn zahlte, ihre Leute aus,

angekündigt aus dem Grunde, weil der Arbeitgeberverband es nicht dulden wollte, daß sie (die Firma) länger an diesem Arbeiten den Tariflohn zähle. Nach dreiwöchentlichem Kampfe erklärten die hiesigen einheimischen Firmen Hüser u. Püllgram, G. Stöder, Rath u. Co. sich zur Zahlung des Tariflohnes bereit und wurde die Arbeit hier wieder aufgenommen. Dagegen die Firmen Hüser u. Co. aus Oberijssel und Gebr. Schömer aus Schweiler weigerten sich hartnäckig, den Tariflohn zu zahlen. Leides ist es diesen Firmen nun auch gelungen, eine Anzahl Streikbrecher zu bekommen, die mit der Polizei von und zu der Arbeitsstelle gebracht und den ganzen Tag über beschäftigt werden. Der Schlichtmeister Keul bei der Firma Gebr. Schömer macht den Leuten die tollsten Versprechungen, um sie als Arbeitswillige zu bekommen. So sagte er zu Kollegen aus Niederelbert, wo auch Keul zu Hause ist: „Bei mir habt ihr stets Arbeit und ich bezahle euch gut. Was habt ihr aber vom Verband? Selbst wenn Schömer gezwungen wird, den Tariflohn zu zahlen, so werde ich, wo jetzt drei Mann beschäftigt werden, später immer nur noch zwei einstellen, und dann müßt ihr so viel mehr arbeiten, also habt ihr gar keinen Nutzen davon.“ — Die Niederelberter Kollegen täten gut daran, während der Winterszeit auch diesem verbandsfreundlichen Schlichtmeister Keul mal plausibel zu machen, daß auch die Arbeiter noch Menschen sind. Sie sollten ihn zu ihren Versammlungen einladen, damit er über den Nutzen des Verbandes aufgeklärt würde. — Vor wie nach bleiben diese beiden Firmen Hüser u. Co. und Gebr. Schömer gesperrt. Streikende Kollegen sind nicht mehr vorhanden, da sie teils bei den Firmen, die den Tariflohn anerkannten, teils anderweit Arbeit gefunden haben. Alle Kollegen sollten jedoch ein wachsames Augenmerk auf die Arbeiten am Gladbacher Wall haben, damit auch die beiden auswärtigen, zuletzt genannten Firmen zur Zahlung des Tariflohnes verpflichtet werden können.

**Zimmerer.**

In dem Kreuzburger Revier (Schlesien) macht sich der sozialdemokratische Zimmererverband die Mühe, sein von uns im vergangenen Herbst gekennzeichnetes Schwindelflugblättchen unter den Zimmerern zu vertreiben. Das hat bei unseren Kameraden natürlich eine große Heiterkeit ausgelöst, denn sie kennen den roten „Beiter“, dessen „Freunde“ und noch ein „Beiter“ auch einer christlichen Gewerkschaft angehört haben wollen, sehr genau. Der rote Zimmererverband muß die Zimmerer doch für sehr dumm einschätzen, wenn er glaubt, daß sie auf diesen Betrug gehen. Soweit reicht das blaßrote Papier nicht, dessen Kosten er sich sparen sollte. Wie wäre es denn, wenn der Zimmererverband mal den Streik der Kellner im sozialdemokratischen Volkshaus in Gotha seinen Mitglieðern unterbreiten würde, wo nicht nur die roten Aufsichtsratsmitglieder, sondern auch ein lebhafter roter Landtagsabgeordneter Streikbrecherdienste leisteten. Ja, Kuchel! Das fällt ihm nicht ein, und um mit seinen eigenen Worten aus dem blaßroten Papier zu reden: „Da läßt sich jetzt nichts mehr machen,“ wird er antworten.

Nur eine Uge des Blättchens, das von einem Zentralvorstandsmitglied des Zimmererverbandes verantwortlich gezeichnet ist, wollen wir festnageln. In einer schiefen Darstellung über die Maßregelung eines elässigen Eisenbahners läßt er den elässigen Zentrumsabgeordneten Pfarrer Dr. Will zu einem „Führer“ der christlichen Gewerkschaften avancieren. Wörtlich heißt es:

„So hilft ein gefeierter Führer der christlichen Gewerkschaften wie Dr. Will seinen Freunden.“

Wir konstatieren hier, daß Herr Dr. Will weder „Führer“ der christlichen Gewerkschaften ist, noch wissen wir, daß er irgendwo „gefördert“ worden ist. Beides ist erfunden, und zwar zum Zwecke der Bauernjüngerei.

Vielleicht gibt uns der Zimmererverband mal Auskunft über die Worte Sebels:

**Den Arbeitern sei der Ramm geschwollen.**

Das interessiert unsere Kameraden jedenfalls mehr als wie seine Platten Tiraden und glatten Unwahrheiten.

**Beckta.** Nachdem hier die Zimmerer sich vollständig dem Verbands angegeschlossen hatten, gleichfalls die übrigen Arbeiter des Zimmermeisters Warnking, und die Löhne der in Frage kommenden Kollegen aufbesserungsbedürftig waren, wurde eine Kommission gewählt, welche bei den Zimmermeistern vorstellig wurde und um Verhandlungen nachsuchte. Warnking ließ sich die Wünsche vortragen und erklärte dann, später der Kommission mitteilen zu wollen, was er zu tun gedente. Die Antwort war eine nichtsagende schriftliche Mitteilung, nach der die Unternehmer einseitig Höchstlöhne, und zwar bis 1. Januar 1913 (!!) festgesetzt hatten, und gleichzeitig erklärten, daß, wer die Arbeit niederlege, bei keinem anderen Unternehmer wieder eingestellt werden dürfe. Ein mündliches Verhandeln mit der Kommission wurde ausdrücklich abgelehnt, vielmehr suchten die Arbeitgeber teilweise die Frauen unserer Mitglieder auf, um durch sie zu erreichen, daß die Kollegen dem Verbands den Rücken kehren sollten; doch es war vergebliche Liebesmühe. Dann wurde offen erklärt, daß man beabsichtige, die an der Spitze der Zählstelle stehenden Mitglieder zu entlassen, um dadurch die Zertrümmerung des Verbandes zu erreichen. In dieser Situation wurde in einer von den Kollegen vollständig besuchten Versammlung Stellung genommen und nach eingehender Aussprache, bei der auch Kollege Müller aus Nimber anwesend war, in gehobener Abstimmung einstimmig beschlossen; die Arbeit niederzulegen. Dieser Beschluß wurde am anderen Morgen ebenfalls

stimmig durchgeführt. Nicht diese Geschlossenheit auch...

Der erste Verbandstag des sozialdemokratischen Dachdeckerverbandes

Am 15. April in Nürnberg. Die bei der Geschäftsbericht mitteilt, ist die Mitgliederzahl in der...

Zwei Fragen waren es besonders, um die sich das Hauptinteresse drehte und die schon wochenlang die...

Doch ist die Lösung, die die Frage der Arbeitslosenunterstützung auf dem Verbandstage gefunden hat, eine...

Der Verbandstag kamt im Prinzip der Einführung der Arbeits- und Gewerkslosenunterstützung in...

Bezüglich der Anstellung eines eigenen Redaktors bringt der Zentralvorstand nicht durch, „Genosse“ Hoch...

In der Jugendfrage wurde beschlossen, den Lehrlingen neben der „Dachdecker-Zeitung“ auch die „Arbeiterjugend“ (das Organ der sozialdemokratischen Jugendbewegung) zuzuführen.

Über die rechtliche Bedeutung der Tarifverträge referierte „Genosse“ Hoch. Die Stellungnahme zu dieser Frage entspringt im wesentlichen der...

Die praktische Seite der Tarifverträge behandelt Piepenbring-Voll. Er legte dar, daß das Verhältnis der Unternehmer dahin ginge, die Verträge auf eine immer weitere Basis zu stellen und womöglich einen...

Über Bauarbeiterfrage referierte Heintze. Die Diskussionsdauer über diese Frage über das, was immer noch verstreute Arbeiterhandwerker...

Das nächste Referat über die zu treffenden Maßnahmen für die Zukunft. Er wies auf den Kampf der kommenden Jahre hin, indem er zeigte...

Der nächste Referat über die zu treffenden Maßnahmen für die Zukunft. Er wies auf den Kampf der kommenden Jahre hin...

Die Bayerische Gewerbechau 1912 in München.

Die Bayerische Gewerbechau, die vom 18. Mai bis Mitte Oktober in München stattfindet, will keine jener riesenhafte Ausstellungen moderner Weltstädte sein...

Das soll indessen nicht heißen, daß die Bayerische Gewerbechau ausschließlich dem Kleinzeugnis dienen will. Sondern das soll heißen, daß hier Produkte moderner Geschäftlichkeit, modernen Empfindens und moderner Geschmackes geboten werden...

Der ästhetische Geschmack, der also bei allen Ausstellungsgegenständen der Gewerbechau vorausgesetzt wird, braucht kein studierter sein, er wird schon Schöne produzieren, wenn er ein paar heimatische ist...

Es werden übrigens nicht nur Dinge ausgestellt, sondern es sollen auch Betriebe in voller Tätigkeit vorgeführt werden, und es sind deren bereits mehr als zwanzig gewonnen worden...

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Praktische Gewerkschaftsarbeit. Vom christlichen Metallarbeiterverband waren im Jahre 1911 10 944 Mitglieder an 374 Betrieben zur Besserung der Arbeitsverhältnisse betätigt...

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Der Schweizer Bauarbeiterverband. Der Schweizer Bauarbeiterverband hat am 2. März in Bern seinen Jahreskongress abgehalten...

den, daß die letzte systematische Hausagitation dem Verband eine bemerkenswerte Mitgliederzunahme gebracht hat. Das Vermögen der Zentralkasse hat sich um 1500 Franken vermehrt...

Der vierte Jahreskongress des französischen Bauarbeiterverbandes trat in der ersten Hälfte des April in Bordeaux zusammen. Der Bauarbeiterverband ist mit seinen mehr als 80 000 Mitgliedern die stärkste der französischen Arbeiterorganisationen...

Schon auf dem letzten Kongress in Orleans war der Wochenbeitrag um 4 Pf. erhöht worden, die ab 1. Juli 1910 erhoben wurden. Am 1. Januar wurde eine neue Erhöhung um 4 Pf. durchgesetzt...

In der Verfallsfrage wurde folgende Resolution angenommen: „Der Kongress erklärt, daß die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation allein berufen ist, das Verfallswesen systematisch zu reorganisieren...“

Die englischen Arbeiterorganisationen haben auf dem Wege zur Zentralisation einen tüchtigen Schritt vorwärts getan. Bekanntlich kennt man in England keine sich über das ganze Reich erstreckende Zentralverbände...

Aus Arbeitgeberverbänden.

Gründung eines Ostdeutschen Dachdeckermeisterverbandes. In einer am Sonntag in Breslau gehaltenen Versammlung, einberufen von der...

gleicher zählt. Das erste Vorstandsamt wurde Herr Hubel jr. Breslau gewählt. Der Oberrheinische Dachdeckermeister-Verband tritt als solcher dem Zentral-Verband deutscher Dachdeckermeister bei.

**Aussperrung und Materiallieferanten.** Als ein Mittel, um die kommende Aussperrung wirkungsvoller durchzuführen zu können, sieht der Arbeitgeberbund die Materialsperrung an. Sie soll durch Verträge mit den Materiallieferanten erreicht werden. Wir geben nachfolgend den Inhalt eines solchen Vertrages wieder, der sich auf die Materiallieferanten der Provinz Brandenburg bezieht.

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe E. V. Brandenburgischer Provinzial-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe. E. V. Geschäftsstelle: Brandenburg a. d. S., Abtstraße 21. Fernsprecher Nr. 145.

Zwischen 1. dem Vokalverband des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, dem Bund der vereinigten Arbeitgeber der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zu Brandenburg a. d. S., und 2. dem unterzeichneten Baumaterialienlieferanten wird mit Wirkung vom . . . . . ab folgender Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen in dem der Kürze halber der unter 1. genannte Verband als „Arbeitgeberverband“ und die unter 2. Genannten als „Lieferanten“ bezeichnet werden.

§ 1.

Beide Vertragsschließenden, bemüht, in der Bau- und Baumaterialienbranche eine Befriedigung der Verhältnisse im allgemeinen und erträgliche Konkurrenzverhältnisse speziell unter ihren Mitgliedern herbeizuführen, sichern sich zur Erreichung dieses Zweckes und zur Verhinderung von Streiks beziehungsweise baldiger Befriedigung solcher gegenseitige Unterstützungen zu.

§ 2.

Wie sich die Lieferanten verpflichten, nur den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes bei dem Bezuge von Baumaterialien Vorzugs- oder Kampfpreise einzuräumen, so übernimmt der Arbeitgeberverband die Verpflichtung, darauf hinzuwirken, daß seine Mitglieder ihren Materialbedarf für Bauten, welche im Stadtbezirk und in den Orten . . . . . ausgeführt werden, ausschließlich bei den vertragsschließenden Lieferanten decken.

Im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung der Bauarbeiter erklären die Lieferanten, die Solidarität im Arbeitgeberverbande durch Unterstützung der von der Leitung des Arbeitgeberverbandes getroffenen Maßnahmen nach Kräften zu stärken, insonderheit während der Dauer des Streiks oder der Aussperrung an Bauausführende innerhalb des Vertragsgebietes überhaupt nicht nur mit Zustimmung des Arbeitgeberverbandes zu liefern. Bei Lieferungen nach Bauten, welche für die Rechnung von Staats- oder Kommunalverwaltungen erfolgen, ist erforderlichenfalls von den Vertragsschließenden besonders Beschluß zu fassen.

Nach auswärtigen, von Streik oder Aussperrung betroffenen Orten darf während der Dauer der Arbeitsruhe ebenfalls nicht geliefert werden.

Unterstützt verpflichtet sich der Arbeitgeberverband, im Falle eines Streiks der bei den Lieferanten beschäftigten Arbeiter und Führer die Lieferanten ebenfalls alle tatkräftige Unterstützung angedeihen zu lassen, ebenso, wenn auf den Werken, welche die zu liefernden Waren herstellen, ein Streik ausbricht oder eine Aussperrung der Arbeiter erfolgt, die Erfüllung der Lieferpflicht von den Lieferanten nicht zu verlangen. Streikende oder ausgesperrte Arbeiter des einen Teils dürfen vom andern Teile ebenfalls nicht in Arbeit genommen werden.

§ 3.

Die von den Lieferanten den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes zu gewährenden Vorzugspreise werden alljährlich im Monat . . . . . von einer Kommission, bestehend aus je zwei Mitgliedern der Parteien, vereinbart, und zwar, wenn nicht Rücksichtsgründe andere Festsetzungen nötig machen, für die Dauer eines Kalenderjahres.

§ 4.

Der vorliegende Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen, kann aber von jeder Partei mit sechsmonatlicher Kündigung zum Schluß des Kalenderjahres gelöst werden.

§ 5.

Weitere Ausführungen und die Einrichtung eines Schiedsgerichts sind diesem Vertrage als Anhang beizufügen.

den . . . . . 191

Dieser Vertrag soll mit allen Baumaterialienhändlern in der Provinz Brandenburg abgeschlossen werden, und zwar, wo dies möglich ist, vom Brandenburgischen Provinzialverband des Arbeitgeberbundes selbst, wo dies nicht möglich ist, von den Lokalverbänden, unter Mithilfe des Provinzialverbandes. Zu diesem Zweck hat der Provinzialverband an seine Lokalverbände folgendes Rundschreiben erlassen.

Brandenburgischer Provinzial-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe. Brandenburg a. d. S., den 16. April 1912.

An die Lokalverbände.

Die wichtigste Arbeit unserer Lokalverbände für das Jahr 1912 ist der Abschluß von Verträgen mit den Lieferanten, damit für den wahrscheinlich unausbleiblichen Kampf im Jahre 1913 unsere Mitglieder gegen geschützt werden, daß ihre Arbeiten nicht von Konkurrenten ausgeführt werden, die nicht dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe organisiert sind. Wo es zweckmäßig und möglich ist, wird der Provinzialverband die Verträge mit unseren Mitgliedern mit den Lieferanten abschließen.

sollte das nicht geschehen können, so wird der Provinzialverband die Lokalverbände beim Abschluß von Verträgen unterstützen. Um nun genau zu wissen, mit welchen Lieferanten oder Vereinigungen diese Verträge abzuschließen sind, eruchen wir um möglichst umgehende, genaue und vollständige Beantwortung der untenstehenden Fragen.

Wir sehen der Erledigung spätestens bis zum 25. d. M. entgegen und zeichnen mit kollegialem Gruß usw.

Das sind die Zeichen der Zeit. Unsere Kollegen werden sie zu deuten wissen.

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

**Die Lage des Arbeitsmarktes** hat, nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“, im Monat März im allgemeinen eine weitere Besserung erfahren.

Nach den Berichten aus der Industrie hat sich die Beschäftigung in den meisten Gewerben recht günstig entwickelt.

Der Ruhrkohlenmarkt stand unter dem Einflusse des Bergarbeiterausstandes und seiner Nachwirkungen, die jedoch nicht sehr einschneidend gewesen sind, da der Streik nur von kurzer Dauer war und die Zeichen teilweise die Förderung aufrechterhalten konnten; das Kohlenprodukt war in der Lage, zum Teil auf die großen Lagerbestände zurückzugreifen. In Ober- und Nieder-Sachsen war die Nachfrage nach Kohle infolge des englischen und westfälischen Bergarbeiterstreiks außerordentlich rege, so daß nicht nur die gesamte Förderung abgesetzt, sondern auch große Mengen Kohle von den Beständen verladen werden konnten.

Im Baugewerbe war die Beschäftigung im allgemeinen noch recht gering. In Groß-Berlin war eine Veränderung gegen den Vormonat nicht festzustellen, obgleich sonst im März die der Jahreszeit entsprechende Aufwärtsbewegung einzusetzen pflegt. Etwas günstiger lauten die Berichte aus Posen, Küstrin, Regnitz, Leipzig, Chemnitz, Magdeburg, Erfeld und Aachen. Ueberangebot von Arbeitskräften wird aus Königsberg, Kiel, Hamburg, Posen, Berlin, Halle a. S. und Nürnberg gemeldet.

Bei den Innungs-Krankentassen des Baugewerbes, die sich auf 42 096 männliche und 600 weibliche Mitglieder beziehen, ergab sich am 1. April gegen den 1. März eine Zunahme von 7573 männlichen und 212 weiblichen Versicherungsmitgliedern, abzüglich der Kranken. Die Krankentassen mit einem Bestande von 39 515 männlichen und 569 weiblichen versicherten Mitgliedern hatten eine Zunahme von 7641 männlichen und 315 weiblichen und 315 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern ohne Kranke aufzuweisen.

Nach den Berichten der Krankentassen hat der Beschäftigungsgrad im März eine weitere Besserung erfahren. Es ergab sich am 1. April gegenüber dem 1. März eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähig krank gemeldeten von zusammen 130 070 (+ 99 976 männliche, + 30 094 weibliche Mitglieder). Die Zunahme war stärker als im entsprechenden Monate des Vorjahres, in dem sich der Mitgliederbestand der Krankentassen um 124 870 vermehrte. Gegenüber dem Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad, wenn man den Bestand am 1. Januar 1912 = 100 setzt, bei beiden Geschlechtern auf 103 gestiegen; im gleichen Monat des Vorjahres betrug er bei dem männlichen Geschlecht 104, beim weiblichen 102.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Monat März berichten 50 Fachverbände mit 1 965 548 Mitgliedern; von diesen waren am Ende des Monats 1,6 v. H. arbeitslos. Ende Februar betrug die Arbeitslosigkeit 2,6 v. H. und Ende März 1911: 1,9 v. H. Es ist also sowohl dem Vormonat wie dem Vorjahr gegenüber eine Besserung zu verzeichnen.

Auch die Arbeitsnachweisziffern lassen, soweit sie männliche Arbeiter betreffen, dem Vormonat und dem Vorjahre gegenüber auf eine Besserung des Beschäftigungsgrades schließen.

Bei der Gesamtzahl der berichteten Arbeitsnachweise nämlich, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im März 1912 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 145 Arbeitsgesuche, gegen 210 im gleichen Monate des Vorjahres und 178 im Vormonate. Bei weiblichen Personen stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 84, 81 bzw. 88.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betrug im März 168 829 963 M., das sind 9 695 463 Mark mehr als im gleichen Monate des Vorjahres. Dies bedeutet eine Mehrerlöse von 143 M. oder 4,66 v. H. auf 1 km.

Zur reinen Warenverlehrs des Spezialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr, sowie zur und nach der Veredelung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat März die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 914,55 Millionen Mark, die Ausfuhr einen Wert von 753,71 Millionen Mark gegen 913,67 Millionen Mark und 705,58 Millionen Mark in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

**Die deutschen Sparkassen im 1911.** Das Gesamtergebnis der deutschen Sparkassen war im Jahre 1911 etwas geringer als 1910. An Spareinlagen gingen 113 Millionen Mark weniger ein, dafür dürften die nicht abgehobenen Zinsen mit 30 bis 40 Millionen M. der Spareinlagen zugekommen sein. Die deutschen Sparkassen haben somit in drei Jahren hintereinander ihre Einlagen um je eine Milliarde Mark gesteigert. Der Gesamtbestand der Spareinlagen betrug Ende 1911 rund 18 Milliarden Mark. Die Reserverfonds haben den Bestand von 990 Millionen Mark überschritten.

**Die Invalidenversicherung im Jahre 1910.** Die im Reichsversicherungsamt aufgestellte Nachweisung der Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Träger der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung erstreckt sich auf die 31 Invalidenversicherungsanstalten und 10 zugelassenen Kasseneinrichtungen, die im Jahre 1910 auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes bestanden. Diese 41 Versicherungsanstalten hatten am Jahresschluß insgesamt 323 Ausschußmitglieder, 53 Hilfsarbeiter der Vorstände, 628 Ausschußmitglieder, 435 Kontrollbeamte, 3 Rentenstellen, 124 Schiedsgerichte, 2363 besondere Markenverkaufsstellen und 7316 mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen.

Wochenbeiträge wurden bei den 31 Invalidenversicherungsanstalten rund 698 Millionen Stück mit einem Erlös von 180 624 699 M. verwendet. Hieron entfielen auf polnische Arbeiter russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit nahezu 7,8 Millionen Wochenbeiträge im Werte von 701 814 M. Bei den Kasseneinrichtungen betrug die Einnahme aus Beiträgen 16 729 261 M. Die gesamte Einnahme aus Beiträgen stellt sich hiernach auf 197 353 960 M.

Bei der Abrechnung für das Jahr 1910 wurden 138 667 Renten als im Jahre 1910 zugegangen behandelt, nämlich 114 755 Invalidenrenten, 12 287 Krankenrenten und 11 625 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 176,93 M., 175,74 M. und 164,31 M.

An Beitragsersatzungen wurden 1910 festgestellt 147 291 in Heiratsfällen, 494 bei Unfällen und 34 923 in Todesfällen. Der durchschnittliche Betrag einer Ersatzung stellt sich auf 40,27 M. bzw. 98,62 M. und 100,30 M.

Zu Lasten der 41 Versicherungsanstalten wurden an reichsgesetzlichen Entschädigungen 120 879 150 M. — 111 449 217 M. an Renten und 9 429 932 M. an Beitragsersatzungen — gezahlt. Der Zufluß des Reichs betrug 52 538 187 M.

Für das Heilverfahren wurden einschließlich der Ausgaben für Unterstützungen an Angehörige der in Heilbehandlung genommenen Personen in Höhe von 2 039 218 M. insgesamt 21 102 166 M. verausgabt. Zu dieser Summe sind die von Krankentassen, von Trägern der Unfallversicherung und von anderer Seite gezahlten Kostenzuschüsse im Gesamtbetrage von 5 833 251 M. nicht enthalten. Auf Grund des § 45 des Invalidenversicherungsgesetzes wurden noch 1 535 217 M. gezahlt.

Die Aufwendungen für Invalidenhauspflege beliefen sich auf 1 216 405 M. Durch Einbehaltung von Renten der Pfinglinge gelangten davon 367 676 M. zur Rückzahlung und durch Zuschüsse von anderer Seite wurden 77 946 M. ersetzt, so daß den Versicherungsanstalten aus der Anwendung des § 25 des Invalidenversicherungsgesetzes eine Reinkausgabe von 770 782 M. erwuchs.

An Verwaltungskosten überhaupt wurden 21 367 298 M. verausgabt, das sind 108 M. von 1000 M. der Einnahme aus Beiträgen und 128 M. von 1000 M. der gesamten Ausgaben. Von 1000 M. der überhaupt als Verwaltungskosten aufzufassenden Ausgaben entfielen auf die allgemeine Verwaltung 603 M., auf die Kosten für die Einziehung der Beiträge 128 M., auf die Kosten der Kontrolle 98 M. und auf sonstige Kosten 171 M.

Die Einnahmen sämtlicher Versicherungsanstalten im Berichtsjahre betragen 251 454 430 M., ihre Ausgaben 166 407 070 M., der Vermögenszuwachs mithin 88 047 360 M.

Am Schluß des Jahres 1910 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die reichsgesetzliche Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kasseneinrichtungen auf 1 662 158 740 M., wozu noch der Buchwert der Inventarien mit 6 666 869 M. tritt. Von 1000 M. Vermögen waren 17 M. in Kassenbeständen vorhanden, während 932 M. in Wertpapieren und Darlehen und 51 M. in Grundstücken angelegt waren. Die durchschnittliche Verzinsung des am Schluß des Rechnungsjahres 1910 in Wertpapieren und Darlehen vorhandenen Vermögens betrug 3,57 v. H. des Ankaufspreises.

### Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Erdmittelergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzufügen.)

**Neuenstein, 3. Mai.** Gestern vormittag stürzte auf einem der Eisenbahnenbauten in der Zimmerstraße, ausgeführt von dem Unternehmer Haupt, der Behring Günter 2½ Stockwerk tief hinab, glücklicherweise ohne schwere Verletzungen davonzutragen. Der Unfall ist nur darauf zurückzuführen, daß an diesen Neubauten überhaupt keinerlei Schußgerüst vorhanden ist. — Ein weiterer Unfall, ebenfalls gestern vormittag, ereignete sich auf dem Neubau des Unternehmers Diemski. Unser Kollege, der Maurer Scharnowski, stürzte mit einer Leiter hinterwärts gegen eine Mauer und trug dabei so schwere Kopfverletzungen davon, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

**Goßfeld.** Am 13. April erlitt der Maurer Anton Steinkamp bei einem Gerüstbau am Lehrerseminar einen schweren Unfall. Er stürzte aus einer Höhe von sieben Metern ab und mußte mittels einer Tragbahre in das Krankenhaus gebracht werden. Die Ärzte konnten die Verletzungen noch nicht feststellen. Wäre ein Schutzgerüst vorhanden gewesen, hätte der Unfall nicht so schwere Folgen gehabt. — Ferner stürzte anfangs dieses Monats beim Gerüstbau an einem kleinen Neubau der Maurer Franz Bäumer aus einer Höhe von fünf Metern ab. Er erlitt einen Schenkelbruch. Es ist also wieder eine Mahnung zur Vorsicht für alle Bauarbeiter beim Gerüstbau.

**Geisweid (Kreis Siegen).** In der Nacht zu Donnerstag, den 25. April, stürzte der erst 19 Jahre alte Maurer Karl Seibel aus Wiesenbach (Kreis Siegen) bei einem

Apparatenbau auf den Geschloßer Eisenwerken aus einer Höhe von 20 Metern ab und zog sich derartige Verletzungen zu, daß er kurz nach Einlieferung ins Krankenhaus starb. Seibel war erst kurze Zeit bei dem Unternehmer Klein beschäftigt und ist der Unfall durch Zerreißen eines Seiles eingetreten. Hätte der Kollege den vorgeschriebenen Rettungsgürtel umgehakt, so wäre dieses folgenschwere Unglück wohl vermieden worden. Es ist dies bereits das zweite Opfer, welches der Apparatenbau auf genanntem Werk gefordert hat. Den Kollegen, die dort beschäftigt sind, empfehlen wir, alle Vorsicht anzuwenden, damit weitere Unfälle vermieden werden. Ob irgendwelche Personen, die die Arbeit zu beaufsichtigen hatten, zur Verantwortung gezogen werden, muß die Untersuchung ergeben.

**Samm i. S.** Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Freitag, den 26. April, bei den Kanalarbeiten am Nordentor. Beim Umkippen eines Selbstbahnwagens stolperte der italienische Arbeiter Marco Raffie und geriet unter den Wagen, der ihn erdrückte. Er war sofort tot, obwohl man an ihm keine äußere Verletzung feststellen konnte. Der Tod ist wahrscheinlich infolge Brustquetschung eingetreten. Der Verunglückte war 28 Jahre alt und ledig.

### Soziale Wahlen.

**Schwere Niederlage des sozialdemokratischen Bergarbeiter-Verbandes bei den Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrgebiet.** Nachdem bereits am 18. April auf einer Reihe von Zechen des Ruhrgebietes die infolge des Streiks notwendig gewordenen Neuwahlen der Sicherheitsmänner stattgefunden hatten, sind die letzten Wahlen Anfangs dieser Woche getätigt worden. Der sozialdemokratische Verband hat an den Wahltagen eine empfindliche Niederlage erlitten. Diefelbe ist gewissermaßen die Antwort der Ruhrbergleute auf den in so jüngerer Weise vom Zaune geworfenen Streik. Dieser bildet die Niederlage einen Beweis dafür, welche große Zustimmung das unbedingte Vorrecht des Verbandes unter der Bergarbeiterchaft ausgeübt hat. Insgesamt dürfte der sozialdemokratische Verband im Ruhrgebiet 280 bis 300 seiner bisherigen Mandate verloren haben. So wurden dem Verband allein im Gelsenkirchener Bezirk 66 Mandate entzogen; im Bezirk Hamborn-Kleinmühl 38; im Bezirk Duer 33; im Bezirk Heddinghausen 32; im Bezirk Bochum 25; im Bezirk Oberhausen 17; im Bezirk Essen 16; im Bezirk Steele 14; im Bezirk Gertrudenberg 6. Die meisten dieser Mandate eroberte der christliche Gewerksverein, während in den genannten Bezirken die Polen 31 und die Selbst 47 Mandate erhielten. Aus dem hiesigen Bezirk wird berichtet, daß es auf einer großen Anzahl von Schachtanlagen gelungen war, die Verhältnisse und die Polen hinauszuwringen. Auch im Dortmunder Revier hat der Gewerksverein Erfolge erzielt. Das Resultat der Sicherheitsmännerwahlen zeigt, daß immer mehr Bergarbeiter zu der Erkenntnis gelangen, daß der sozialdemokratische Verband für sie nicht als Interessenvertretung in Betracht kommen kann. Das Wahlergebnis ist ferner ein sprechender Beweis dafür, was von der Behauptung der „Schwestern“, der sozialdemokratischen Gewerkschaft sei im Ruhrgebiet zurückgegangen, zu halten ist.

### Gerichtliches.

**Wahrsch.** Wegen gemeingefährlichen Bergehens wurden der Bauunternehmer Schmidt zu 100 M. Geldstrafe, die Maurer Schmidt und Fröh zu je 50 M. Geldstrafe verurteilt. Dem Urteil lag folgender Tatbestand zugrunde: In einem Villenbau in Obermündig wurde eine Giebelmauer sehr schlecht ausgeführt. Die Maurer Johann Schmidt, Georg Fröh und Jakob Schmidt sollten dabei sehr den Regeln der Kunst entgegengehandelt haben. Jakob Schmidt soll gar kein gelernter Maurer sein. Die Mauer darauf gerichtet, daß die Giebelmauer abgebrochen werden würde. Dabei verunglückte der Maurer Joseph Doll; er stürzte sieben Meter hoch. Die dabei erlittenen Verletzungen waren so schwer, daß er 30 Wochen arbeitsunfähig war. Das Gericht erkannte hierauf auf die obengenannten Strafen. Wegen dieser Kollegen, besonders jene, die bei den sog. Schichtarbeiten arbeiten, sich diese Urteile merken. Der Richter hat festgestellt, daß arbeitsunfähig bei der Ausführung dieser Mauer, was gewöhnlich, heißt zu werden. Wenn also dem Arbeitgeber entsprechende Rücksicht entgegen zu werden, so liegt man dem Richter entgegen. Der ja können wir was selbst vor Strafen klagen.

**Gerichtsspr.** Vom hiesigen Landgericht wurde der Kollege Göttschall zu vier Monaten Gefängnis und Zwang zur Besserung verurteilt, weil er den im Juni d. S. erfolgten Einbruch einer Eisenkammer, bei dem ein Arbeiter tot wurde, verschuldet haben soll. Der mit angeklagte Gemeinderat Kappel wurde freigesprochen. Der Gemeinderat hatte für Göttschall fünf Monate und für Kappel zwei Monate Gefängnis beantragt. Das Landgericht hat die Angeklagten freigesprochen. Das Landgericht hat die Angeklagten freigesprochen. Das Landgericht hat die Angeklagten freigesprochen.

Pfeilers, der unter der Last zusammenbrach und dadurch den Einsturz verursachte.

**E. V. Aussperrung und Konventionalstrafe.** Am 15. April 1910 beschloß der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Hannover in einer Generalversammlung, sämtliche Bauarbeiter zu entlassen und alle Baugeschäfte zu schließen. Der diesem Verbands angehörende Architekt Max Küster in Hannover, der gerade den Umbau des Hotels Bristol dortselbst ausführte, kam diesem Beschlusse nicht nach, weil er einerseits bei nicht rechtzeitiger Fertigstellung des Baus eine Vertragsstrafe an den Bauherrn zu zahlen hatte und auch einen Einsturz des Umbaus befürchtete. Der Arbeitgeberverband, der in der erwähnten Generalversammlung beschlossen hatte, daß jedes Mitglied des Verbandes, das weiterhauende Lasse, für Tag und Mann eine Konventionalstrafe von 5 M. zu zahlen habe, klagte nun gegen E. eine Konventionalstrafe von 3925 M. ein. Während das Landgericht Hannover der Klage zusprach, wies das Oberlandesgericht Celle, wie feinerzeit bereits kurz gemeldet, die Forderung des Arbeitgeberverbandes ab. Es ließ sich von folgenden Gesichtspunkten leiten: Der Beschluß der Generalversammlung verstoße gegen § 152 der Gewerbeordnung und sei daher für den Beklagten rechtsunverbindlich. „Der § 152 der Gewerbeordnung,“ so führt das Berufungsgericht fort, „wollt im gewerblichen Volkstum Koalitionsfreiheit schaffen. Zu diesem Zwecke beseitigt er die in seinem ersten Absätze bezeichneten Verbote und Strafbestimmungen. Als Gegengewicht gegen die Gefahren, die hieraus entstehen können, schafft er andererseits günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, insofern der Reduktion verfährt, als er ihnen die Klagebarkeit und die Fähigkeit, eine Einrede zu tragen, abspriecht. Diese Bedeutung des § 152 gebietet, in doppelter Hinsicht bei seiner Auslegung nicht am Wortlaut zu haften. Die Gesetzesvorschrift gilt für beide im Volkstum streitenden Parteien, für den Angreifer so wohl wie für den Angegriffenen; sie betrifft daher nicht nur Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch Verabredungen zur Behauptung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ferner müssen sich Gesetzgeber und Richter nicht in die Frage, ob die Lohn- und Arbeitsbedingungen objektiv günstig oder ungünstig sind, Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sind dem Gesetzgeber vielmehr Verabredungen zur Erlangung solcher Bedingungen, wie sie die Teilnehmer der Verabredung wünschen, indem er es für selbstverständlich erachtet, daß die Bedingungen darin, die sie erstreben, auch günstig sind. Wird der § 152 der Gewerbeordnung richtig ausgelegt, so bleibt kein Zweifel, daß die Satzungen des Arbeitgeberverbandes für alle Vereinsmitglieder eine Verabredung sind, weil sie auf einer Verabredung der Gründer des Vereins beruhen und weil die Aufnahme der späteren Mitglieder auf freiwilligen Antrag hin erfolgt. (§ 4 der Satzungen.) Der fragliche Beschluß stellt sich also dar als eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung. Der Zweck des Verbandes ist nach § 2 seiner Satzungen, Forderungen der Arbeitnehmer im Falle ihrer Berechtigung — d. h. also, wenn der Verband sie für berechtigt erachtet und selber billigt — zur Anerkennung zu bringen, und unberechtigte Forderungen, d. h. solche, die der Verband (mit Recht oder mit Unrecht) dafür erachtet, zurückzuweisen. Auf diese Paragrafen der Satzungen ist die Klage vom Verbands gegründet, ihr steht also § 152 der Gewerbeordnung entgegen.“ — Das Reichsgericht hat sich jetzt diesen Ausführungen in vollem Umfange angeschlossen und damit die Hauptbestrebung derartiger Verbände, ein gemeinsames Vorgehen seiner Mitglieder bei Streiks, Aussperrungen usw., illusorisch gemacht. (Nachdruck verboten.)

### Literarisches.

**Die deutsche Sozialdemokratie. Die Christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Aus Deutschlands Wirtschaftsentwicklung.** (Staatsbürger-Vorträge, 2. Heft.) gr. 8° (182) M. Gachbach 1912, Volkvereins-Verlag G. m. b. H. 1,20 M., postfrei 1,30 M.

Dem ersten Heft der Staatsbürger-Vorträge, die in den interessierten Kreisen eine über Erwarten gute Aufnahme gefunden haben, ist nunmehr nach kurzer Pause bereits ein zweites gefolgt.

Die sich in drei Teile gliedernde Vortragsammlung behandelt zunächst in elf selbständigen, aber dennoch folgerichtig aneinander anschließenden Abhandlungen das Wesen und Denken der Sozialdemokratie, ihre Grundsätze, und deren Wandel, ihre Stellung zum Staat, ihre Organisationsform, Agitation und Taktik sowie die Mittel der Abwehr und die Ziele, wie sie im christlichen Lager durch Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen durch soziale Beteiligung und apologetische Belehrung erstrebt werden.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung für die Gesamtheit, um sodann die Arbeiterbewegung, als Kulturproblem geistig, in ihren Forderungen im Gewerkschaftswesen zu beleuchten und das Interesse und den Wert der Antikommunisten an dieser Bewegung seitens der Gewerkschaften darzulegen.

Der dritte Teil, mit den Verhandlungen im Wirtschaftlichen befaßte Teil des Heftes schließt in einem einleitenden Vortrag zunächst das deutsche Wirtschaftswesen in der Vergangenheit, gebietet sodann in besonderer Abhandlung des Bauernstandes und zeigt das Werden in der Gegenwart durch einen Gang durch das Wirtschaftsleben des Bauernstandes. Nachdem der Handel und die Industrie des Reiches als bedeutendster Teil des Wirtschaftslebens in zwei weiteren Vorträgen behandelt wird, schließt das Heft mit einem Vortrag über das deutsche Wirtschaftsleben und die Forderungen der Gewerkschaften ab.

So darf auch dieses zweite Heft als feinem Vorgänger durchaus ebenbürtig, ihm teilweise sogar durch die Bedeutung seltener behandelte Stoffe überlegen, unbedingt allseits auf beste Aufnahme rechnen.

**Sozialdemokratische und christliche Sittenlehre.** Arbeiterbibliothek 16. Heft. 1.—10.— Tausend. 8° (68) M. Gachbach 1912, Verlag der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, G. m. b. H. 40 Pf., postfrei 45 Pf.

Das Büchlein ist für die Bibliothek des Arbeiters bestimmt. Es unterrichtet in durchaus populärer Form den sozialdemokratischen Anschauungen über Ethik, ihren Zusammenhang mit dem materialistischen Darwinismus des 50er Jahre und stellt der sozialdemokratischen Ethik die christlich-realistische Individual- und Sozial-Ethik gegenüber. Das letzte Kapitel behandelt die Notwendigkeit und Methode christlicher Kulturarbeit in der Gegenwart. Das Büchlein dürfte sich besonders zur Behandlung in sozialen und apologetischen Unterrichtskursen der katholischen Arbeiter- und Jugendvereine eignen.

### Verammlungskalender.

**Hilbesheim (Bauarbeiter).** Sonntag, den 19. Mai nachmittags 3 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung in der „Sonne“, mit Vortrag des Kollegen Blant über das Einkommensteuergesetz. Sämtliche Bahstellen sind eingeladen.

### Bekanntmachungen.

**Bitte der Redaktion.**

Die Nr. 18 der „Baugewerkschaft“ ist an die Zentrale vollständig vergriffen. Sollten irgendwo in einer Zahlstelle noch Exemplare übriggeblieben sein, wird höflich gebeten, dieselben an die Zentrale umgehend zurückzusenden.

**Achtung! Adr.**

Zuretkende Verbandskollegen können sich in der Zeit von 7—8 1/2 Uhr abends, Sedanstraße 9, anmelden.

**Aufforderung.**

Wer die Adresse des Maurers August Müller, geboren am 7. Februar 1882 zu Sarraz, eingetreten am 1. Mai 1907 zu Siegen, kennt, wird ersucht, dessen Adresse an den Redigierenden Johann Fischer, Lügde i. Westf., Seilerstraße 207, gelangen zu lassen, damit ihm sein neues Mitgliedbuch zugesandt werden kann.

**Berichtigung.**

Der Kassierer der Verwaltungsstelle Hamburg E. Magoich, wohnt nicht Bremer Straße, sondern Breitenstraße 8, IV. Etage (Hamburg 5).

**Sterbefasel.**

Am 23. April starb unser Mitglied Karl Schleich im Alter von 51 Jahren an Lungenerkrankung. Verwaltungsstelle Mühlhausen i. E.

Am 25. April starb unser treuer Kollege Heinrich Schneider, 50 Jahre alt, an Magenleiden. Zahlstelle Ouisburg.

Am 25. April starb unser treuer Kollege Heinrich Schneider im Alter von 50 Jahren an Lungenerkrankung. Zahlstelle Steinbach.

Am 26. April starb unser Mitglied Jan Meier an Lungenerkrankung. Zahlstelle Eimen.

Ehre ihrem Andenken!

Einstimmig fällt die Damenwelt das

# Urteil

daß zur Erhaltung eines rosigen, jugendfrischen und zarten Teints **Steckenpferd-Linienmilch-Seife**

von Bergmann & Co., Kadenstr. 2, St. 50 Pf., ein vorzügliches Mittel ist u. dieselbe ein zartes, reines Gesicht erzeugt. Ferner macht **Cream „Dada“ (Linsenmilch-Cream)**

rot u. speckelhaft in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf.

**Extr. echte Bienfong-Essenz** à Dutzend Mk. 4 wenn 50 Flaschen Mk. 8.— portofrei  
Karnottiergeist à Dutzend Mk. 2.50, echt austral Eucalyptusalkohol à Dutzend Mk. 3.—  
Leistungsfähige Benzoglykole für Farbiger med. Spezialitäten  
Erstklassige Fabrikate. Billigste Preise.  
Fabrik chem. pharm. Präparate Louis Stauder, Bösinger (224) (Thüringen)

**Alkoholfreie Getränke, Damen-Cider.**

Arbeitsreicher Apfelsaft aus frischem Obst, aus der Apfelschale  
in 2 Flaschen à 1 Liter  
Cider bringt die Jugend wieder!  
August Böll, Lingen/Ems.  
Verkehrskolleg  
der christl. Bauarbeiter Lingen.

Inserate in der **„Baugewerkschaft“** haben besten Erfolg!